N° 40 Juli 2003

IRS aktuell...

IRS Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Schlagwort Schrumpfung ...

Hoffnungsformel Wissen

In dieser Ausgabe:

- Potsdam: Kulturlandschaft für die Wissensgesellschaft
- Broschüre: Baukultur im Stadtumbauprozess
- Workshopreihe: Städtische Kreativität
- Leibniz-Gemeinschaft: Hans-Olaf Henkel im IRS
- Regionalgespräche: MWFK und IRS plädieren für kulturpolitischen Dialog
- Antrittsvorlesung: Ulf Matthiesen blickt über Brandenburgs Tellerrand
- Networking: IRS unterstützt Gerhart-Hauptmann-Häuser
- Berufungen
- Veranstaltungshinweise
- Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft
- Neu im IRS
- Veröffentlichungen
- Das IRS in den Medien

Schrumpfung, städtische Restrukturierung und Regenerierung – sozialräumliche Perspektiven

Schieflagen

Öffentliche Debatten entwickeln stets ihre eigene Logik – so auch diese: Die Diskussionen um Schrumpfungsprozesse und ihre Folgen für die Städte haben sich – besonders in Ostdeutschland – bislang vor allem auf zwei Schwerpunkte konzentriert:

1. auf die Rolle demographischer Entwicklungen bei der Verursachung von Bevölkerungsverlusten in den Städten; dabei wurde der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (d.h. dem Verhältnis von Geburten- und Sterberaten) häufig wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als Migrationsprozessen;
2. auf den Wohnungsleerstand als vermeintlich wichtigste Folge von Schrumpfung sowie auf die damit verknüpfte Notwendigkeit der baulichen Umgestaltung der Städte.

Beide Perspektiven sind schief, weil sie den Blick auf wesentliche Verursachungszusammenhänge und Problemfolgen verstellen. So ist Schrumpfung keineswegs eine direkte Folge von Bevölkerungsentwicklungen, sondern eines wesentlich komplexeren Zusammenspiels von sozialen, ökonomischen und – in deren Folge – auch demographischen Variablen. Auch die Hoffnung, man könne mit der Beseitigung der Leerstände durch Umbau- und Abrissmaßnahmen zugleich die Schrumpfung effektiv bekämpfen, gehört zu diesen Schieflagen. Sie gehorchen in erster Linie politischen Logiken – Logiken der Problemmeidung und Nichtthematisierung, aber auch Logiken der Bevorzugung von politisch "bearbeitbaren" Problemaspekten und Lösungsvorschlägen. Obwohl all dies im politischen Alltag seine Berechtigung haben mag, besteht die Gefahr, dass die Wahrnehmung einer breiteren Öffentlichkeit, aber auch die Suche nach Ansatzpunkten für die politische Steuerung vorschnell auf allzu Vordergründiges gelenkt werden. Vor dem Hintergrund zunehmender öffentlicher Handlungszwänge hält es die Forschungsabteilung 4 des IRS für wichtig, eine wesentlich erweiterte Informations- und Wissensgrundlage zu Schrumpfungsursachen und -folgen zu erarbeiten.

Dabei werden einerseits Erkenntnisdefizite der politischen Öffentlichkeiten sowie der wissenschaftlichen Forschung gezielt adressiert. Andererseits werden politisch-normative Fragen in Forschungspraxis und Beratungstätigkeit aufgegriffen, die von den bisherigen Debatten abweichen und für neue Akzentuierungen sorgen können.

Perspektivische Aufbohrungen: Schrumpfung als mehrdimensionales Problem

Zunächst einmal und ganz grundsätzlich lässt sich Schrumpfung – wie viele andere städtische Restrukturierungsprozesse auch – nicht als eindimensionales Phänomen begreifen, schon gar nicht als eines, das es erlauben würde, monokausale Verursachungszusammenhänge zu identifizieren. Vielmehr handelt es sich um ein komplexes Zusammenwirken von sozialen Handlungen innerhalb unterschiedlicher lokaler Strukturzusammenhänge. Für den besonderen Untersuchungskontext "Stadt" bzw. "Stadtraum" hat diese Überlegung die folgenden analytischen Konsequenzen:

- Schrumpfung wird als Prozess der sozialräumlichen Restrukturierung begriffen, d. h. sowohl soziale als auch physische Räume (z.B. gebaute Strukturen) sowie ihr Verhältnis zueinander wandeln sich – teilweise recht abrupt. Ihre wechselseitige Passfähigkeit nimmt ab.
- Schrumpfung geht in hohem Maße auf ökonomische Entwicklungen zurück, die ihrerseits weit in die Lebensverhältnisse lokaler Bevölkerungen hineinreichen. Zu nennen sind: ökonomische Strukturbrüche, regionale Transformationsprozesse im Gefolge von Globalisierungseinflüssen, in Ostdeutschland vor allem die Folgen von Deindustrialisierung und ausbleibender Wachstumsdynamik, Massenarbeitslosigkeit sowie transformationsspezifische psychologische Faktoren, die sich in der Wirtschaftsförderung oft als ein geradezu lähmendes Warten auf große Investoren und neue Massenbeschäftigung niederschlagen.
- Schrumpfung lässt sich des Weiteren – im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen – auf neue soziale Mobilitäten, wachsende soziale Disparitäten und die Ausdifferenzierung von Lebensstilen in der Transformation zurückführen. Damit verändern sich die sozialen Raumdefinitionen, raumbezogenen Nutzungsansprüche und Ortsbindungen von Individuen, sozialen Gruppen und Gemeinschaften sowie auch Institutionen.
- Schrumpfung hat selbstverständlich auch demographische Komponenten, die allerdings nicht losgelöst von ökonomischen, sozialen und kulturellen Bezügen gesehen werden dürfen. So haben natürliche Bevölkerungsbewegungen ihre Ursache in ökonomischen Umgebungsvariablen, sozialer Mobilität und neuen Lebensstilen. Inter- und intraregionale Wanderungen hängen eng mit der ökonomischen Entwicklung einer Stadtregion zusammen.
- Der vieldiskutierte Leerstand erscheint in dieser Perspektive nicht als notwendige direkte Schrumpfungsfolge, sondern lediglich als kontextabhängiger Indikator sozialer, ökonomischer und soziokultureller Veränderungen, die u.U. ungleichzeitig verlaufen und teilweise auch schon wesentlich früher eingetreten sein können, als es im Moment den Anschein hat. Leerstände haben aber auch in Bezug auf das traditionelle Planungssystem eine Indikatorfunktion: Sie zeigen, dass alte Wohnkonzepte und rein quartiersbezogene Planungen in Frage gestellt worden sind – nicht allein, weil die durch sie geschaffenen Strukturen mit weniger Bewohnern nicht mehr richtig funktionieren, sondern auch weil sich die Gesellschaft, in der wir leben, bereits seit geraumer Zeit verändert hat.

Neue Untersuchungsschwerpunkte

Was bedeuten diese Fokussierungen für das laufende Forschungsprogramm des IRS? Zum gegenwärtigen Stand der Diskussionen im Leitprojekt der Forschungsabteilung 4 stehen folgende Untersuchungsbereiche im Zentrum der Aktivitäten:

1. Um das Ineinandergreifen heterogener Strukturierungsprozesse besser als bisher erfassen zu können, ist die detaillierte Rekonstruktion von Schrumpfungsverläufen und lokalen Entwicklungspfaden erforderlich. Qualitative Modellierungen prägnanter Fälle (konkret: der Städte Frankfurt/Oder, Gotha, Greifswald und Wittenberg) sollen dabei den Blick schärfen für charakteristische Entwicklungsbrüche, Optionen für steuerndes Handeln und mögliche Interventionspunkte. Damit geraten auch die ökonomischen und sozialen Schrumpfungsursachen stärker in den Blick, während andererseits die Gefahr des Steckenbleibens in populären bevölkerungspolitischen Nullsummenspielen vermieden wird.
2. Die Entwicklung städtischer Teilräume (z.B. von Wohnquartieren) wird stets im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Entwicklungen analysiert. Die neue oder veränderte räumliche Anordnung von sozialen Disparitäten, meistens in Form neuer Segregationsmuster vor und nach dem Stadtumbau, führt zu einer Veränderung der Nachfrage nach Wohnungen und Quartiersausstattungen sowie zur qualitativen Auf- bzw. Abwertung einzelner Quartiere. Daraus entstehen spezifische Anforderungen an die politische Steuerung von Quartiersentwicklung und gesamtstädtischer Entwicklung.
3. Der Umgang der Politik und der steuernden Akteure mit diesen Herausforderungen ist auf der lokalen Ebene bislang kaum untersucht worden. Im Zusammenhang mit dem Problem der politischen Ausblendung zentraler Verursachungen und Folgen von Schrumpfung wird in der Analyse der Lücke zwischen politischer Wahrnehmung und empirisch erschließbarem bzw. bereits erarbeitetem Wissen über zentrale Strukturierungsprozesse der Schlüssel für die Erstellung zielgenauer Beratungskonzepte gesehen. Gefragt wird insbesondere nach den im lokalen Diskurs verwendeten Schrumpfungsbegriffen, den wahrgenommenen Handlungsoptionen, der Interpretation von Strukturentwicklungen durch lokale Entscheidungsträger und den favorisierten Lösungsansätzen.

Normative Überlegungen zu Steuerungsproblemen

Die normative Komponente des Untersuchungsansatzes geht zunächst von den lokal gewählten Bearbeitungsformen der Schrumpfungsprozesse aus. Dabei werden die folgenden Schwerpunkte gesetzt:

1. Versuche zur Steuerung von Schrumpfungsprozessen und ihren Folgen haben es mit weitaus mehr und vor allem diffizileren Problemen zu tun, als bisher im Zusammenhang mit den baulich-logistischen Umgestaltungsfragen im Rahmen des Stadtumbauprogramms Ost (neuerdings auch West) ersichtlich geworden ist. Die Märkische Oder-Zeitung hat diesen Sachverhalt in einem Artikel über die Probleme des Stadtumbaus am 20.9.2001 auf eine griffige Formel gebracht: "Einfach abreißen wäre zu einfach!". Um die neuen Herausforderungen jedoch annehmen zu können, müssen die lokal Handelnden immer häufiger disziplinäre Grenzen überschreiten. Traditionelle Planungsinstitutionen sind mit der Entwicklung "angepasster" Leitbilder im Moment ebenso überfordert wie sektorale Förderpolitiken (z.B. der lokalen Wirtschaftsförderung, deren Anliegen u.a. die Stabilisierung lokaler Humankapitalbasen und die Verhinderung von Abwanderung ist). Die Frage nach neuen Formen der Governance bzw. des Einbezugs zivilgesellschaftlicher Akteure in Steuerungsprozesse ist im Zusammenhang mit der "Gestaltung" von Schrumpfung bislang kaum diskutiert worden. Gerade auf kleinräumiger Ebene (d.h. z.B. auf der Ebene der Wohnquartiere) kann von dieser Frage jedoch das Gelingen oder Misslingen von Umbauprozessen, der Entwicklung neuer Ortsbindungen und allgemein des Wiedereinrichtens der verbliebenen Akteure innerhalb einer veränderten städtischen Szenerie abhängen.

2. Regenerierungsstrategien dürfen nicht allein auf den Blickwinkel traditioneller Planung und Stadtpolitik beschränkt bleiben, sondern müssen vor allem die lokale Wirtschaft einbeziehen. Defizite und zugleich erhebliche Handlungsspielräume bestehen in der aktiven Bestandspflege (viele Kommunen wissen gar nicht, welch wichtigen Beitrag gerade kleinere Unternehmen für die Stabilisierung der Stadtökonomie leisten), der Förderung von kleingewerblichen Aktivitäten (auf Quartiersbasis) bis hin zur Förderung der Ansiedlung von "footloose industries" und neuen Dienstleistungen. Inwieweit dabei auch die neuen Wissensökonomien mit ihren eher an Netzwerken und Milieus denn an "harten" lokalen Faktoren orientierten Standortkalkülen zu Hoffnungsträgern schrumpfender Kommunen werden können, ist eine offene Forschungsfrage, die von der Forschungsabteilung 3 bearbeitet wird.

Sozialräumliche Schieflage: Abriss allein ist keine Dauerlösung für den Umgang mit Schrumpfung.

3. Das Schlagwort "Aktivierung endogener Potenziale", das im Zusammenhang mit der Wiederbelebung westdeutscher Krisenregionen in den 1970er Jahren geprägt worden ist, kann unter Schrumpfungsbedingungen eine Neuinterpretation erfahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die ökonomischen und sozialen Strukturbedingungen heute – vor allem durch den Einfluss von Globalisierung und gesellschaftlicher Transformation – wesentlich anders darstellen als damals. Handlungsoptionen, die künftig verstärkt diskutiert werden müssten, sind:

a) Versuche zur Herstellung lokaler Voraussetzungen für ein erfolgreiches Agieren der Städte und ihrer ökonomischen Akteure auf der globalen Ebene. Die Möglichkeiten schrumpfender Städte mit ihren wachsenden Infrastrukturproblemen und häufig wenig attraktiven kulturellen Szenerien, sich als neue "touch-down areas" für transnationale Unternehmen und globale Netzwerke zu profilieren, dürften allerdings begrenzt sein.

b) Versuche zur selektiven Abkopplung lokaler Akteure von globalen Netzwerken und der gezielte Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten; dieses Modell ist in vielen osteuropäischen Regionen in den 1990er Jahren unter wesentlich größeren Restrukturierungszwängen als in Ostdeutschland teilweise mit Erfolg erprobt worden. Allerdings werden hier große Anforderungen an die Identifizierung lokaler Potenziale und Stärken gestellt – für lokale postsozialistische Gesellschaften mit den bekannten Problemen des Überdauerns älterer Handlungsorientierungen ist dies häufig eine kaum zu überwindende Hürde.

c) Umso wichtiger werden derzeit Entwicklungsideen und Leitbilder, die von der Utopie ungebrochenen quantitativen Wachstums abrücken und eher die Möglichkeiten eines qualitativen Wachstums – etwa im Sinne der Verbesserung städtischer Lebensqualität – sondieren. So ist z.B. die Mobilisierung kultureller Ressourcen und Kreativität eine Option, die von der Stadtentwicklungspolitik in Ostdeutschland bislang eher stiefmütterlich behandelt worden ist. Ein Gemeinschaftsprojekt der Schader-Stiftung mit dem IRS zum Thema "Städtische Kreativität" hat hierzu einen ersten Denkanstoß geliefert. Auch aus der wissenschaftlichen Begleitung von Stadt 2030-Prozessen in den brandenburgischen Städten Beeskow und Eisenhüttenstadt durch das IRS liegen ermutigende Hinweise auf Ansatzpunkte zur Freisetzung von kreativen Potenzialen an der sozialen Basis vor. Das Leitprojekt wird langfristig die Frage nach weiteren Mobilisierungspotenzialen und lokalen Gestaltungsmöglichkeiten aufwerfen.

Hans-Joachim Bürkner

Zwischen Metropole und Peripherie: Zu den Perspektiven ländlicher Räume Ostdeutschlands

Die Forschungsabteilung 1 "Regionalisierung und Wirtschaftsräume" bezieht ihre auf metropolitane Entwicklungen ausgerichtete Forschung auch auf ländlich geprägte Regionsteile, die im Gefolge der europäischen Integration ebenso wie die großen Zentren strukturelle Umbrüche verarbeiten müssen. Wird die Zukunft dieser Räume in Ostdeutschland erörtert, dann wird häufig verallgemeinernd eine Spirale der Hoffnungslosigkeit von demographischer Schrumpfung, Rückzug der Wirtschaft, schrumpfenden Arbeitsmärkten, Abwanderung junger Bevölkerung usw. gezeichnet. Aber so wenig diese Perspektive als unabwendbar gelten muss, so wenig lassen sich im positiven wie im negativen Sinne einheitliche Perspektiven für diese Räume aufzeigen.

Im Folgenden werden einige Optionen, die sich aus unserer wirtschaftsräumlichen Sicht als Chance für die ostdeutschen ländlichen Räume darstellen, erörtert.

Einbeziehung des ländlichen Raumes in die neuen metropolitanen Großregionen

Vor allem in Nordostdeutschland aber auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt stellt sich die wirtschaftliche Lage (gemessen am BIP, an der Beschäftigungslosigkeit, der Produktivität etc.) nach wie vor deutlich ungünstiger dar als in wirtschaftsstarken Regionen der alten Bundesländer. Unter einem regionalen Blickwinkel und der europäischen Perspektive gehören viele dieser Städte und Gebiete jedoch zum Verflechtungsbereich zukünftiger großer europäischer Metropolregionen. Danach kommt es in Folge der Europäischen Integration und der Globalisierung zu einer Maßstabsvergrößerung der regionalwirtschaftlichen Differenzierungsprozesse, die klassische Raumentwicklungsmodelle wie die des Zentrum- und Hinterland-Modells tendenziell obsolet erscheinen lassen. Das Zentrum ist vielmehr Bestandteil einer städtischen Großregion, eines räumlich ausgedehnten Komplexes arbeitsteiliger Verflechtungen, der auch die überkommenen politisch-administrativen Grenzen zwischen Stadt und Land überspringt. Für eine Auflösung dieser hierarchischen regionalökonomischen Strukturen spricht, dass

- die arbeitsteiligen Beziehungen im Raum im System der globalen und europäischen Arbeitsteilung sich reorganisieren,
- sich neue Spezialisierungstendenzen durchsetzen, die die gesamte Region erfassen und prägen und
- die kritischen Massen für die Wahrnehmung neuer wirtschaftlicher Funktionen im internationalen Kontext größer werden.

Wenn diese Prämissen stimmen, ergeben sich für viele ländliche Räume Ostdeutschlands neue Entwicklungsoptionen, die wir in den großen Wirtschafträumen der alten Bundesrepublik bereits deutlicher entwickelt vorfinden. Wie wir an Hand eigener Analysen der Großregionen Rhein-Ruhr, Frankfurt/Rhein-Main und München/Oberbayern festgestellt haben, lassen sich z.B. für diese Regionen metropolitane Verflechtungen (Pendler, Wirtschaftsverflechtung, politische Netzwerke) nachweisen, die von den Zentren bis etwa 100 km in die ländlichen Räume hineinreichen, in den kleineren, weniger bedeutenden Stadtregionen betragen die Radien der Einflusssphäre immerhin noch 75 bzw. 50 Kilometer (vgl. Kujath et al. 2002). Diese Verflechtungen überdecken inzwischen weite Teile des ländlichen Raumes des gesamten westlichen Bundesgebietes und beziehen mittlere und kleinere Städte als eigenständige Produktions- und Dienstleistungsstandorte in die metropolitanen Wirtschaftszusammenhänge ein.

Ausbreitung der Wissensökonomien in die ländlichen Räume

Die westdeutsche Entwicklung provoziert die Frage, ob die ostdeutschen Regionen, vor allem Berlin-Brandenburg und die Region im Einflussbereich des Sachsendreicks (Leipzig, Dresden, Chemnitz) auf einen ähnlichen Entwicklungspfad einschwenken können. Werden z.B. die in den ländlichen Teilräumen Brandenburgs momentan beobachtbaren lokalen Wirtschaftscluster zu Trägern neuer metropolitaner Wirtschaftsdynamik? Wenn ja, auf welchen wirtschaftlichen Feldern können diese Räume mittel- und langfristig zusammen mit ihren jeweiligen Metropolen eine Wachstumsdynamik entwickeln und einen Beitrag zur Regionsentwicklung leisten?

Mögliche Antworten hierauf finden sich sicher nicht in den "reifen" Industrien und ihren Standortpräferenzen. Vielmehr beobachten wir im Rahmen einer sich neu ausdifferenzierenden räumlichen Arbeitsteilung in den Metropolregionen Spezialisierungstendenzen, die von der traditionellen industriellen Fertigung zugunsten von wissensbasierten Leistungen stattfinden, wobei die standardisierte Fertigung durchaus neben neuen High-Tech Zonen und Dienstleistungsclustern für längere Zeit weiter bestehen können. In den metropolitanen Regionen der alten Bundesländer entstehen neben noch vorhandenen industriellen Produktionsstandorten in großem Stil High-Tech Produktionstandorte, unternehmensbezogene Dienste und andere wissensintensive immaterielle Produktionen (Forschung und Entwicklung, Prototypenproduktion, Wissensgüter usw.). In den neueren Debatten über die regionalen und nationalen wirtschaftlichen Innovationssysteme wird diese Entwicklung auf die zunehmende Bedeutung einer systematischen Nutzung der (wissenschaftlichen) Wissensbasis für wirtschaftliche Wachstumsprozesse und für die Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehoben. In den hochentwickelten Gesellschaften gewinnt danach Wissen nicht nur als Input für Wirtschaftsprozesse, sondern vor allem auch als Output (vermarktbare Wissensgüter) eine strategische Bedeutung, was sich z.B. darin manifestiert, dass in der Bundesrepublik die Investitionen in die

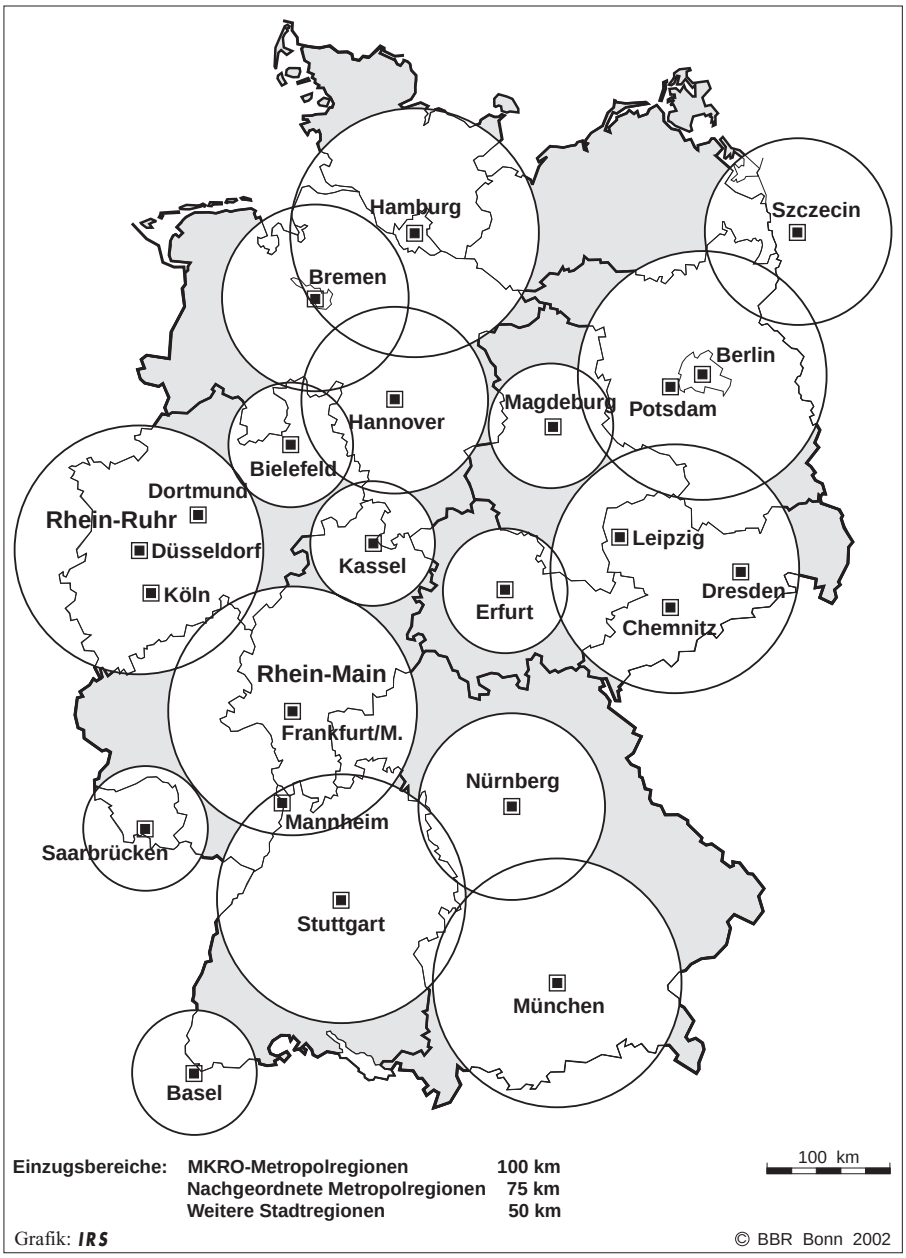
Wissenserzeugung rascher zunehmen als Investitionen in die Erzeugung materieller Güter. Gemessen an ihrer Entwicklung in den 90er Jahren und ihren prognostizierten Entwicklungspotenzialen wird die Wissensökonomie als der wichtigste Wachstumsträger metropolitaner Ökonomien und auch als Chance für die ländlichen Zentren im weiten Umland der Metropolen angesehen.

Der ländliche Raum wandelt sich in diesem Kontext vom Standort standardisierter industrieller Produktion schrittweise zu einem Ensemble von Standorten mit jeweils speziellen wissensbasierten Funktionen für die jeweilige europäisch eingebundene Region oder für die globale Ökonomie selbst.

Unsere eigenen wirtschaftsräumlichen Untersuchungen in Berlin/Bandenburg belegen, dass sich nicht nur in Berlin die neuen wissensintensiven Wirtschaftszweige ausbreiten (seit Anfang der 90er Jahre hat die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich um rund zwei Drittel zugenommen), sondern sich auch in Städten des entfernteren Umlandes ansatzweise Cluster neuer wissensintensiver Industrien, unternehmensbezogener Dienstleistungen und Logistikzonen gebildet haben. Hier sind bereits zahlreiche Firmen wissensintensiver, innovativer Dienstleistungen ansässig, in Brandenburg z.B. mit einem Anteil von etwa 18 Prozent aller Beschäftigten. Hinzu kommen die Innovationsleistungen im produzierenden Gewerbe.

Schlussfolgerungen für die ländlichen Räume Ostdeutschlands

Mit den dargestellten Optionen einer metropolitanen Integration ländlicher Räume werden denkbare Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Dekaden angesprochen. Für große metropolitane Regionen wie Berlin/Brandenburg oder das Sachsendreieck mit ihren riesigen Wissenspotenzialen erscheint es unter einer solchen zeitlichen Perspektive eher unwahrscheinlich, dass diese sich zu demographisch und wirtschaftlich schrumpfenden Metropolen zurückentwickeln und deren ländliches Umland zur Peripherie der Peripherie absinkt. Wir wissen zwar nicht, welche Entwicklungen sich letztlich in den ländlichen, potentiell zu den Metropolregionen gehörenden ländlichen Räumen durchsetzen werden und welche Rolle vor allem die mittelgroßen städtischen Zentren im Einzelnen übernehmen werden. Auch dürfte es unmöglich sein, systematisch politisch gewollte Wirtschaftscluster "planifikatorisch" zu erzeugen. Es gilt aber, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass die diskutierten Optionen der Integration durch günstige Standortvoraussetzungen unterstützt werden. Eine wichtige Aufgabe ist in diesem Rahmen die Verknüpfung von bildungs-, wissenschafts-, wirtschafts- und raumentwicklungspolitischen Maßnahmen, z.B. durch Konzentration auf solche Städte oder Städtesysteme (Entwicklungsachsen), die eine kritische Masse an Ressourcen (Humankapital) bieten, die über Kommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen mit der Metropole und der übrigen Welt gut verbunden sind und die nicht nur als Standorte für die privatwirtschaftliche Wissensverwertung sondern, auch für öffentliche Forschung und Lehre attraktiv sind.



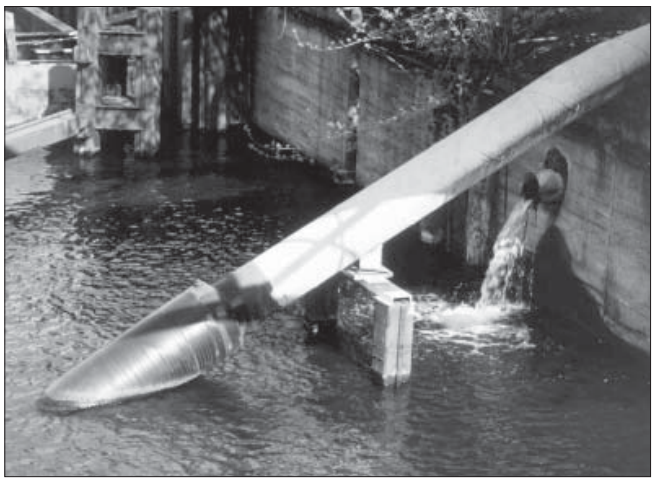
Europäische Metropolregionen in Deutschland

Hans Joachim Kujath

Schrumpfungsprozesse und die "unsichtbare Stadt"

Wenn Menschen aus Städten und Regionen wegziehen und Betriebe schließen, hinterlassen sie nicht nur leere Wohnungen und Fabriken, sondern auch Löcher in den stadttechnischen Systemen der Ver- und Entsorgung. Der starke Rückgang des Verbrauchs an Trinkwasser, Energie und Konsumgütern ist zwar aus Sicht des Ressourcen- und Klimaschutzes – zumindest lokal betrachtet – positiv zu bewerten. Er verursacht jedoch gravierende betriebswirtschaftliche und technische Folgeprobleme für die Planer und Betreiber von technischen Infrastruktursystemen mit negativen Auswirkungen für die Verbraucher.

Das Dilemma besteht darin, dass technische Anlagen und Netze der Ver- und Entsorgung nur schwer einem Schrumpfungsprozess angepasst werden können. Um die Funktionsfähigkeit und Versorgungssicherheit in allen Stadtteilen zu gewährleisten, müssen sie weitgehend in ihrer Gesamtheit aufrechterhalten werden. Ein Rückgang des Verbrauchs führt



jedoch zu Unterauslastungen im System bzw. in Teilräumen des Systems. Unterauslastungen verursachen einerseits technische bzw. gesundheitliche Probleme z.B. infolge des zu geringen Durchflusses in der Kanalisation oder der zu langen Standzeiten von Trinkwasser in Leitungsrohren. Sie belasten aber auch die Wirtschaftlichkeit von Infrastruktursystemen mit besonders hohen Fixkosten und langer Lebensdauer. Um die getätigten Investitionen zu amortisieren, bleiben den Betreibern bei fehlenden Einnahmen wenig andere Möglichkeiten – zumindest kurzfristig – als die Gebühren für die Nutzung zu erhöhen. Dabei ist das Dilemma der Unterauslastung bei den verschiedenen Infrastruktursektoren differenziert zu betrachten. Das gilt insbesondere für diejenigen Infrastruktursysteme, die stark raumgebunden sind und die schwer transportierbare Ressourcen verteilen – wie Trinkwasser, Abwasser, Wärme und teilweise Gas und Abfälle. Die Stromversorgung, bei der die "flows" leicht über nationale bzw. internationale Netze verteilt werden, ist davon deutlich weniger betroffen.

Die Unterauslastung betrifft jedoch nicht nur die betriebliche Ebene. Schrumpfungsprozesse stellen die etablierten Denk- und Handlungslogiken von Infrastrukturplanern gründlich in Frage. Infrastrukturmanagement ist seit der Schaffung großer stadttechnischer Systeme im 19. Jahrhundert auf Ausbau, Erweiterung und Modernisierung der Netze und Anlagen ausgerichtet. Unter der Grundannahme eines stetig wachsenden Verbrauchs gilt es, den Anschlussgrad zu maximieren, Versorgungsengpässe zu vermeiden und den technischen Stand zu verbessern. Diese angebotsorientierte Handlungslogik prägt die regionale Strukturpolitik und die Raumordnungspolitik hinsichtlich der Rolle der technischen Infrastruktur bei der Entwicklung von Städten und Regionen. Der Verbrauchsrückgang bei Schrumpfungsprozessen stellt Infrastruktur- und Stadtplaner damit vor eine völlig neue und ungewöhnliche

Herausforderung. Lösungswege setzen ein Denken in neuen Kategorien voraus, etwa in Richtung von kontextabhängigen und nachfrageorientierten Handlungen.

Diese Herausforderung wird noch verschärft durch die aktuellen Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen der Ver- und Entsorgung. Die Liberalisierung des Energiemarktes und die fortschreitende Privatisierung in allen Infrastruktursektoren erhöhen den Druck auf die Ver- und Entsorgungsunternehmen, kosteneffizienter zu sein. Die Weiterführung unrentabler Anlagen oder Netzteile wird unter diesen Bedingungen noch schwieriger und der Erhöhung von Gebühren zur Abdeckung fehlender Einnahmen sind engere Grenzen gesetzt. Bei einer starken Marktöffnung, wie im Stromsektor, kann auch hochmodernen Anlagen die Grundlage der Wirtschaftlichkeit entzogen werden. Die Kombination von Schrumpfungsprozessen und Kommerzialisierung in der Ver- und Entsorgungswirtschaft führt dazu, dass in Ostdeutschland – teilweise auch in Westdeutschland – stadttechnische Anlagen außer Betrieb genommen oder heruntergefahren werden. Ein 'Rückbau' von Infrastruktureinrichtungen ist jedoch aus technischen Gründen problematisch und nur in bestimmten Fällen oder Teilgebieten sinnvoll.

In der Forschungsabteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern" werden am IRS sowohl grundsätzliche Fragen zur Neuausrichtung der regionalen Infrastrukturpolitik als auch praxisrelevante Themen des Umgangs mit dem institutionellen Wandel und den Folgen von Schrumpfungsprozessen erforscht. So werden im Rahmen eines vom BMB+F geförderten Verbundvorhabens 'netWORKS' die Raumwirkungen von Transformationsprozessen bei der Wasser- und Energieversorgung unter sehr heterogenen räumlichen Strukturbedingungen untersucht. In engem Austausch mit Praxispartnern aus Betrieben und Verwaltungen in drei Fallregionen werden Anforderungen und Handlungskorridore für die regionale Steuerung von Infrastruktursystemen u.a. unter Schrumpfungsbedingungen erarbeitet. Die Forschungen im Rahmen des institutsfinanzierten Leitprojekts ergänzen diese anwendungsorientierten Untersuchungen mit einer kritischen Prüfung der Infrastrukturtheorie unter heutigen Rahmenbedingungen mit dem Ziel, Wege zur Sicherung raumordnerischer Ziele durch eine regionale Infrastrukturpolitik aufzuzeigen. Eine Reflexion der Erkenntnisse vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen wird durch die Mitwirkung im EU-Forschungsverbund "Intermediaries" sichergestellt. Durch diese vielseitige Beleuchtung der Thematik soll die "unsichtbare Stadt" in ihren institutionellen Ausprägungen und Entwicklungschancen deutlicher sichtbar gemacht werden.

Timothy Moss

Literaturhinweis: Moss, Timothy: Utilities, land-use change, and urban development: brownfield sites as 'cold spots' of infrastructure networks in Berlin. In: Environment and Planning A, 2003, 35, S. 511-529.

Projektinformationen:
www.irs-net.de/anzeigen.php?choice1=institutsprofil&choice2=abteilung_2; www.networks-group.de;
www.irs-net.de/intermediaries

Die "lernende Stadtregion"

Der Produktionsfaktor Wissen durchdringt immer weitere Gesellschaftsbereiche ("Wissensgesellschaft"). Die faktischen Raumwirkungen dieses Prozesses sind dagegen weiterhin unklar. Trotzdem herrscht an raumwissenschaftlichen Diagnosen ("The Knowledge-Based City") und entsprechenden Stadtpolitiken ("Wissensstadt") kein Mangel. Inzwischen gelten auch in Ostdeutschland wissensbasierte Raumentwicklungsansätze zunehmend als erfolgversprechende Option *gegen* Schrumpfungsdynamiken und *für* zukunftsfähige Stadtumbauprozesse.

Ein Wort zur *Materialität des Wissens*, das als *bewertete* Information im Brennpunkt so vieler Hoffnungen und Enttäuschungen steht: Anders als die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und selbst Kapital handelt es sich bei der Ressource Wissen um ein extrem 'fluides' Feld mit immer kürzer werdenden Halbwertzeiten. Es ist vor allem nicht dinghaft. Stattdessen ist es hochgradig ortsveränderlich und zudem in seinen innovativsten Teilen überraschend personengebunden. Die Folge: Es wandert mit den Trägern des jeweiligen Wissens und ihren Netzwerken zu oder ab. In einigen Regionen Ostdeutschlands ist nicht selten Letzteres der Fall.

In Teil-Regionen Ostdeutschlands haben die gegenseitig sich steigernden Dynamiken von Bevölkerungsabnahme, Kompetenzabfluss und ökonomischen Schrumpfungsprozessen inzwischen bestandskritische Schwellen überschritten. Sie drohen jetzt unumkehrbar zu werden und sich zudem in den Köpfen und Mentalitäten auch als unumkehrbar festzusetzen (Selbst-Deutung in einigen Städten: "Sterbende Stadt" - mit der sozialen Konsequenz von alltagskulturellen Abschottungsversuchen etwa gegen die als die bedrohlich empfundene neue 'Konkurrenz' durch die EU-Osterweiterung). Damit gerät der Verfassungsauftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erheblich in Gefahr (– faktisch scheint er mancherorts nur noch verbal befolgt zu werden – wenn überhaupt).

In dieser realen Gefahr der Peripherisierung ostdeutscher Teilregionen ist natürlich die entschlossene Beförderung von Bildung, Wissen, Wissenschaft sowie Forschung und Entwicklung weiterhin ein wichtiger Pfad aus den sich gegenseitig verstärkenden Schrumpfungsdynamiken heraus. Das gilt auf individueller wie institutioneller, auf lokaler wie regionaler Ebene. Allerdings zeigen die Untersuchungsergebnisse des Leitprojektes der Forschungsabteilung 3 "Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen" zwei gravierende Schwachstellen der bisherigen lern- und wissensorientierten Entwicklungspolitiken für Ostdeutschland:

- *erstens* wurden zu wenig *kritische Massen* gebildet, stattdessen lern- und wissensintensive Entwicklungsimpulse eher gießkannenförmig über die Regionen verteilt.
- *zweitens* entsteht zunächst häufig ein neues Steuerungsparadox: Investitionen in Bildung und Humankapital *erhöhen* den Abwanderungsdruck noch, weil für die gut Qualifizierten nun ein räumlich viel weiteres Arbeitsmarktsegment von lukrativen Arbeitsplätzen relevant und attraktiv wird.

Diese beiden gravierenden Schwachstellen zeigen, dass wissens- und lernorientierte räumliche Entwicklungspolitiken gerade für Ostdeutschland und seine Schrumpfungsräume *sehr viel sorgfältiger kontextuiert* werden müssen – unter anderem durch Reduktion der einseitigen Bildungslastigkeit dieser Entwicklungspolitiken, durch verstärkte Bemühungen um neue Formen der "Sässigkeit" und entwicklungsoffene bürgergesellschaftliche Formen des so genannten "place making", also der Verstärkung der Begabungen besonderer Orte (etwa "Beeskow 2030: Liebenswerte Kleinstadt im lebenswerten ländlichen Raum").

Das Leitprojekt der IRS-Abteilung 3 hat von Anfang an kontextuierte und milieu-adäquate Wege aus den Schrumpfungsdynamiken heraus erkundet.
Zur Erzeugung von notwendigem Orientierungswissen in diesen komplexen Entwicklungsfeldern integriert die Forschungsabteilung drei interdisziplinäre Zugänge: *Einmal* einen selbständig entwickelten *Wissensmilieu-Ansatz* 2, der es erlaubt, detailliert rekonstruierte *reale* Veränderungsprozesse zur Basis von Politikempfehlungen zu machen (also nicht etwa halbbegriffene Trendextrapolationen – mit angekoppelten regionalpolitischen Schnellschüssen).
Zweitens verfolgt es ein auf die Wissens- und Lerndynamiken der spezifisch ostdeutschen regionalen Veränderungen hin justierten Governance-Ansatz.
Drittens zeigen siedlungsstrukturelle Untersuchungen die faktischen Raumeffekte von wissensbasierten stadtregionalen Entwicklungen.

Gemeinsam erlauben es diese drei Forschungsrichtungen, neue Zusammenhangsstrukturen wie neue Fragmentierungs- und Teilungstendenzen im Raum (Digital Divide; neue Raumansprüche und -wirkungen) zu entziffern und Orientierung für milieuadäquate wissensbasierte Stadtentwicklungsprozesse zu erzeugen. Insgesamt entwickelt das Leitprojekt damit Orientierungswissen für Entwicklungsszenarien und -politiken, die "Wissen und Schrumpfung" in neue, zum Teil auch überraschende Steuerungs- und Wirkungszusammenhänge bringen.

Städte wie *Jena* sind dabei durchaus im Sinne von 'good pracitices' im Bereich wissensbasierter stadtregionaler Netze und Milieus aufzufassen. Städte wie Frankfurt (Oder) müssen in vielen Bereichen – auch durch neue Formen der Selbstorganisation – nachlegen. Quer zu den Ressorts und Disziplinen kommt jetzt vieles darauf an, Innovation und "Sässigkeit", Place-making und transregionale Vernetzungen im Sinne der Bildung von Räumen mit kritischer Masse neu zu gestalten. Dabei werden alte lokale Begabungen und neue wissensbasierte Entwicklungsdynamiken in zum Teil überraschender Gleichzeitigkeit mit räumlich begrenzten Schrumpfungsdynamiken und überlegtem Rückbau auftreten. Auch hier kündigt sich an, dass die Differenzen zwischen Teilräumen größer werden – gegen das 90er Jahre-Gerücht der "Ubiquität von Urbanität". Damit werden institutionelle Lern- und Aushandlungsprozesse zentral. Einige der dabei einschlägigen Akteure und Aushandlungsprozesse haben wir in dem *Modell der Lernenden Stadtregion – zwischen Markt und Staat* – zusammengeführt. Dieses Modell haben wir erfolgreich für Moderationsprozesse in Städten, die Schrumpfung u.a. durch wissensbasierte Entwicklungspolitiken zu überwinden versuchen, eingesetzt.

Ulf Matthiesen

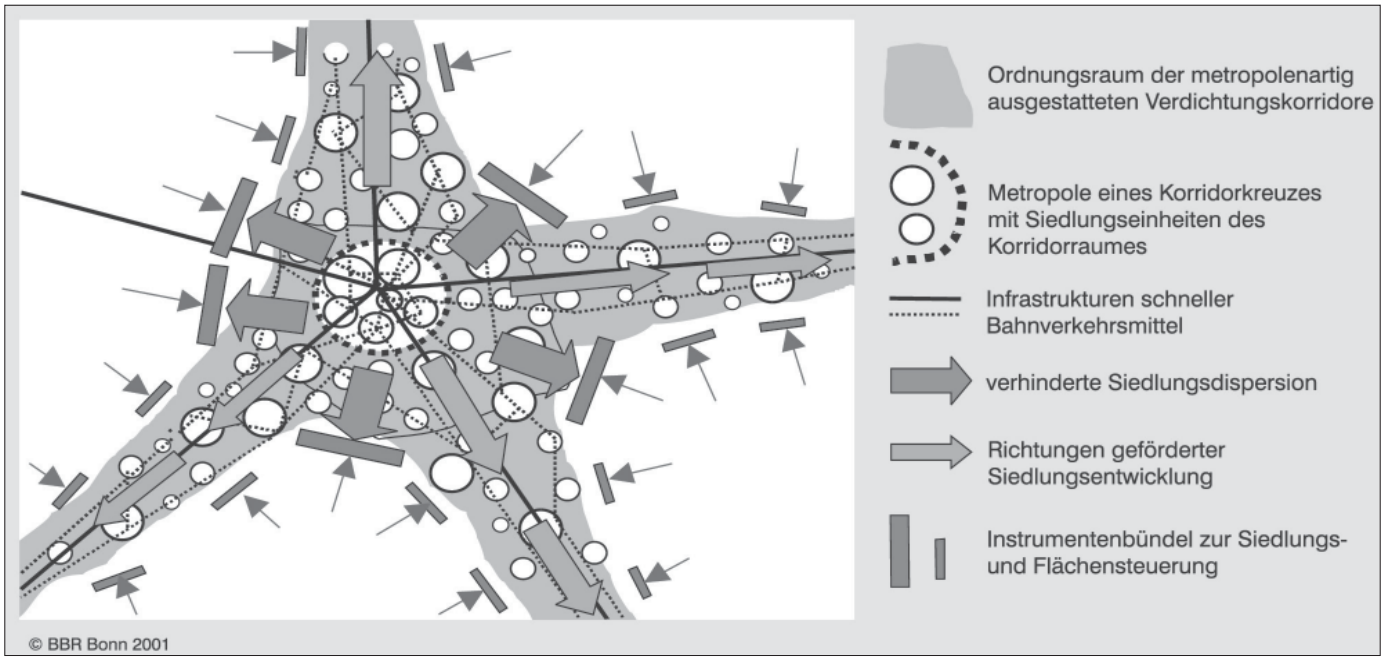
Schrumpfung – im Kopf?

Stadtplanung und -forschung in Deutschland sind im Umgang mit langfristigen Herausforderungen offenbar wenig geübt, wie das aktuelle Beispiel der demographischen Entwicklung demonstriert. Anders lässt sich zumindest nicht erklären, dass die Zunft vom anstehenden Bevölkerungsrückgang kalt erwischt wurde. Noch vor drei Jahren, als in Berlin eine Weltkonferenz zur Stadtentwicklung abgehalten wurde – unter dem Logo der Nachhaltigkeit übrigens –, war davon weit und breit nichts zu vernehmen. Die Städte wurden differenziert betrachtet: die explodierende Megalopolis der so genannten Dritten Welt und die Transformationsräume Osteuropas als typische Wachstumsstandorte einerseits, die tendenziell 'ausgereiften' Städte Europas und Nordamerikas mit abgeflachten Wachstumsraten und veränderten Aufgaben andererseits [1].
Nach den demographischen Entdekkungen der jüngsten Zeit geht nun ein Gespenst um in der hiesigen Urbanistik: die Rede vom Schrumpfen. Der Begriff diffundiert durch die Community, als wenn es keine anderen Themen mehr gäbe. Doch taugt dieser Terminus als universelles Paradigma für Forschung und Planung, als das er gelegentlich auftritt? Eine umfassende Antwort darauf würde von der Klärung folgender Punkte abhängen: a) Gibt das Schrumpfungsthema die aktuelle Dynamik der Siedlungsentwicklung treffend wieder, d.h. gelten die unter dem Banner des Schrumpfens gemachten Aussagen für alle Teilräume? b) Ist die prognostisch gestützte 'Übersetzung' des demographischen Übergangs in eine geringere Nachfrage nach Raum und Infrastruktur schlüssig? c) Welche Konsequenzen hätte eine Renaissance räumlicher Polarisation in Deutschland?
An dieser Stelle geht es nun *nicht* um eine Antwort auf diese Fragen. Es geht vielmehr um die einschlägigen Diskurskulturen im Planungsmilieu, um die Artikulation eines Unbehagens an der plötzlichen Erregung, die das Schrumpfen in den Raumwissenschaften hervorruft. In ihrer derzeitigen Zuspitzung ist die Schrumpfungsdebatte nur zu verstehen als Hilferuf stark betroffener Regionen. (Nur) in dieser Hinsicht halte ich ihr derzeitiges Ausmaß für berechtigt, denn diese Trends werfen teilweise große Probleme auf, die ernst zu nehmen sind. Zugleich verbirgt sich hinter der Tatsache des demographischen Rückgangs ein Paradigmenwechsel im System der räumlichen Planung, das bisher immanent auf Steuerung durch Verteilung von Wachstum ausgerichtet war [2]. So weit so gut. Doch sollte der Schrumpfungsbegriff zu einer allgemeinen Theorie, zum Leitbegriff einer universellen Deutung von Raumentwicklung erhoben werden, dann wären einige grundsätzliche Einwände dagegen vorzutragen:
• Das plötzliche Erschrecken über Schrumpfungsphänomene übersieht *zeitlich* die langfristige Zyklizität der Bevölkerungs- und Raumentwicklung. Je nach ökonomischen, politischen und sozialen Randbedingun-

gen wechseln sich Auf- und Abwärtsbewegungen ab. Dies gilt im überregionalen Maßstab, wo der atypische Fall konstanten Wohlstandswachstums und hoher Verteilungsgerechtigkeit Nachkriegswestdeutschlands als Regel wahrgenommen wurde, nicht als Ausnahme. Dies gilt in den Stadtregionen, deren Tendenz zur Fragmentierung auch Ausdruck wachsender zeitlicher Instabilität ist. Zweifellos ist die Alterung vieler spätindustrieller Wohlstandsgesellschaften ein Faktum, das langfristig nicht mehr durch Zuwanderung ausgleichbar sein dürfte. Doch lässt sich vorläufig kaum überblicken, welche räumlichen Konsequenzen dies mit sich bringt: entweder als temporärer Pendelausschlag oder als säkulare Trendwende. Dies unterliegt großen prognostischen Risiken, die weitere fundierte Analysen notwendig machen.

• Die breite Rezeption des Schrumpfungsbegriffs suggeriert *räumlich*, dass dies im Grunde *überall* passieren würde. Dies ist mitnichten der Fall. Periphere Räume etwa Nordostdeutschlands sind hiervon natürlich ganz anders betroffen als z.B. ländliche Räume oder auch Verdichtungsräume, etwa in Süddeutschland. Allgemein herrscht eine Tendenz zur disparaten, fragmentierten Raumentwicklung, in der einige Teilräume wachsen (demographisch, ökonomisch, ...), andere nicht. Dies fördert die Zunahme großräumiger Differenzierung und Polarisierung. Auf der regionalen Maßstabsebene verstärkt sich die Tendenz zur vielgestaltigen, polyzentrischen Stadtregion, deren Realität endlich anerkannt gehört [3]. Diese Stadtregion oder Stadtlandschaft ist auch Indiz dafür, dass Rückgang und Wachstum zwei Seiten der gleichen Medaille sind: Gibt es *hier* starke Verluste, dann äußern sich diese *dort* konsequenter Weise positiv. Nicht zufällig arbeitet die Hansestadt Hamburg gerade mit dem Ansatz der "wachsenden Stadt". Die Entwicklungsdynamik der großen Stadtregionen zeigt, dass eindimensionale Bilder vom dominanten Schrumpfungsprozess nicht allgemeingültig sein können.

• Verschafft uns 'die Schrumpfung' endlich Entlastung von Engpässen und Konflikten in der Raumnutzung? Implizit wecken aktuelle Einschätzungen zur Siedlungsentwicklung die Erwartung, dass der Druck auf Raum und Fläche künftig substanziell nachlassen würde. Diese Annahme ist jedoch vorschnell, selbst wenn man einen dauerhaften Rückgang der Bevölkerung oder eine weitere Stagnation der Wirtschaft unterstellt. Denn die Entscheidung, *wie viel Fläche welcher Qualität für welchen Zweck wann und wo* gebraucht wird, hängt bekanntlich von vielen Faktoren ab, weit über diese Randbedingungen hinaus. Solange die Quantitäten spezifisch wachsen und die Qualitätsanforderungen sehr unterschiedlichen, zeitlich variierenden Anspruchsniveaus unterliegen, gibt es heute noch keinen Grund zur allgemeinen Entwarnung. So evident der notwendige Umbau der technischen Infrastrukturen ist, er birgt Chancen und Risiken, die angesichts des komplexen Gegenstandes wohl kaum abschließend bewertbar sind.



Metropolenräume und ihre Verdichtungskorridore zählen zu den Raumkategorien, die vermutlich auch künftig Aufgaben der Wachstumssteuerung an die räumliche Planung richten werden.
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung/BBR, Bonn.)

Zwischenfazit: So wie die *allgemeine* Ausrichtung räumlicher Entwicklungspolitik auf Wachstumsziele in den 70er und 80er Jahren aus heutiger Sicht als falsch erscheint, mindestens aber als regionale Spezifika (ökonomisch, sozial, kulturell) unangemessen, wäre jetzt eine Verklärung von Schrumpfung zum *Universalparadigma* verfehlt. Erst recht wäre es unklug, mit derselben Kurzatmigkeit und Totalität nun den Rückbau als Leitmotiv zu propagieren, mit der

man genau diese Seite der Medaille noch kurz vorher ausgeblendet hat.
Die Konsequenz für die raumwissenschaftliche Forschung kann nur sein, Langfristigkeit als Kriterium der theoriegeleiteten (!) Analyse wieder zu entdecken: theoriegeleitet deswegen, weil sich in Abhängigkeit davon, ob man demographische, ökonomische oder sozial-kulturelle Peripherisierungen als ursächlich für die beobachteten Prozesse ansieht, ganz verschiedene Konsequenzen anbieten. Solche theoretischen Erklärungsansätze gehören eingebettet in längerfristige gesellschaftliche Leitvorstellungen und deren räumliche Abbildung. Dazu gibt es überaus fundierte Grundlagen [4]. Das Nachdenken über solche Trends ist – dem landläufigen Diktat des Pragmatismus zum Trotz – im Grunde eine Pflicht, die die Wissenschaft der Gesellschaft abverlangen muss. Zusätzlich bleiben, dem Muster zunehmend polarisierter Regionalentwicklung folgend, räumlich differenzierte Strategien notwendig. Dies gilt gerade für solche Teilräume, in denen sich die Entwicklungsdynamik bündelt: die Metropolregionen und die sie verbindenden Korridore. Hier gibt es aufgrund des selektiven Wachstumsdrucks weiterhin erhebliche Ordnungs- und Integrationsaufgaben, die wissenschaftlich fundiert und interpretiert sein wollen.
Eine der Lehren, die die Politik aus dem stetigen Auf und Ab der Leitbilder ziehen könnte, wäre auch hier das Prinzip der Nachhaltigkeit mit Blick auf eine verlängerte Zeitachse ernst zu nehmen, um nicht in Kürze wieder von simplen statistischen Tatsachen überrascht zu werden. Bevor aber der Bogen überspannt wird und bereits heute Szenarien bis 2050 als handlungsleitend kursieren, sollte man sich *mittelfristig* orientieren: Denn die räumlich differenzierten Umbauprozesse stehen in den nächsten eineinhalb Dekaden auf der Agenda, nicht erst in 30 Jahren. Bereits jetzt erhöht die gerade in räumlicher Hinsicht verschärfte Polarisierungsdynamik der spätindustriellen Gesellschaft den Druck auf die Politik, ihre Verteilungsziele und -strategien neu zu justieren. Ein rechtzeitiges, strukturiertes Nachdenken und Strategie-Entwickeln über diese eminent politischen Fragen ist dringend erforderlich – wer wollte etwa behaupten, dass die anstehenden 'Reformagenden' räumlich neutral seien (s. Eigenheimförderung, Verkehrswege, Steinkohlesubvention etc. pp.)?
Die raumwissenschaftliche Forschung kann der Politik dazu ein kritischer Gesprächspartner sein. So notwendig aber eine politisch fundierte, sensibilisierte Raumwissenschaft ist, so sollte diese doch zugleich Distanz zur Hyperventilation der Politik, zur beständig wechselnden Konjunktur von Themen aufweisen. In dieser Hinsicht erscheint mir die momentane, einseitige Fokussierung der Stadt- und Raumforschung auf Schrumpfungsphänomene eher als eilfertige Anbiederung an die Politik, aber nicht als aufgeklärter Beitrag der Disziplin zu Problemorientierung und gesellschaftlicher Relevanz. Akzeptanz lässt sich nicht dadurch steigern, dass die 'catchwords' des medialen und politischen Raums vorauseilend besetzt werden. Sollte diese Debatte in ihrer Überhöhung ein Indiz für die Hilflosigkeit vieler Akteure sein, mit dem beschleunigten Maß an gesellschaftlichem Wandel umzugehen, dann hilft m.E. nur eins: Tempo rausnehmen und gemeinsam nachdenken – über praktische Konsequenzen, aber auch über das Grundsätzliche dahinter.

Markus Hesse

Index
[1] World Report on the Urban Future 21
[2] Ganser, K. (2000): Gesellschaftliche Trends und Städtebau. Welche Einflussmöglichkeiten hat die Öffentlichkeit? In: BMVBW (Hg.): Nationaler Städtebaukongress – Stadt, Planung, Akteure. Berlin, November 1999. Dokumentation. Bonn, 38-55.
[3] Kloosterman, R.C., Musterd, S. (2001): The Polycentric Urban Region: Towards a Research Agenda. Urban Studies, Vol. 38, No 4/April 2001, 623-633.
[4] Stiens, G. (2003): Szenarien zur Raumentwicklung. Raum- und Siedlungsstrukturen Deutschlands 2015/2040. Bonn (= Forschungen des BBR, Bd. 112).

Workshopreihe "Städtische Kreativität im Umgang mit Schrumpfungsprozessen" – ein Erfahrungsbericht

Die Schader-Stiftung und das IRS haben in den letzten Monaten im Rahmen einer gemeinsamen Projektvereinbarung eine Workshopreihe durchgeführt, in der kreative Handlungskonzepte im positiven Umgang mit Schrumpfungsprozessen aus den neuen Ländern und aus Westeuropa zusammengeführt und im Hinblick auf Problemlösungen diskutiert wurden.

Durch die Vermittlung und Diskussion von Erfahrungen sollte die Entfaltung städtischer Kreativität im ostdeutschen Umbauprozess gefördert werden. Auch ging es darum, Bedingungen für eine erfolgreiche Stabilisierung und Regenerierung von Städten besser beschreiben zu können, um so neue Ansatzpunkte für das Handeln in den ostdeutschen Ländern zu gewinnen. Die Kommunen sollten darin bestärkt werden, systematisch die Voraussetzungen für die Entfaltung städtischer Kreativität zu verbessern, um damit die Chancen auf eine Regeneration aus eigener Kraft zu erhöhen.

Auf Einladung des IRS und der Schader-Stiftung beteiligten sich die Städte Frankfurt/Oder, Leipzig, Neuruppin, Schwerin und Zwickau an insgesamt fünf Workshops. Jede Stadt übernahm für einen Workshop die Rolle des Gastgebers und konnte durch eigene Schwerpunktsetzungen dessen inhaltliche Ausrichtung mitbestimmen. Zusätzlich wurde jeweils ein Gastreferent aus dem Ausland eingeladen. Auf diese Weise bereicherten Erfahrungen aus den nordenglischen Städten Huddersfield, Liverpool und Manchester sowie aus Karlskrona in Schweden und Tilburg in den Niederlanden die Diskussion. Obwohl die großräumigen Schrumpfungsprobleme in den neuen Ländern nicht ohne weiteres mit Prozessen des Strukturwandels in westeuropäischen Städten vergleichbar sind, erschien es wichtig, Erfahrungen darüber auszu-

tauschen, wie es Kommunen gelungen ist, Abwärtsspiralen in der Entwicklung zu durchbrechen und eine Stabilisierung und Regenerierung zu erreichen.

Städtische Kreativität – was heißt das?
Städtische Kreativität bezieht sich nicht vordergründig auf individuelle Fähigkeiten, sondern ist als zentrales verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung zu entwickeln. Das setzt voraus, dass Städte nicht nur als gebaute Umwelt, sondern als Systeme und Netzwerke verstanden werden. Städtebauliche Maßnahmen werden eingebunden in ein breiteres Verständnis von Regenerierung, als ein Prozess, der den Menschen Gelegenheiten zur Entfaltung und Mitgestaltung eröffnet, wodurch eine stärkere Basis für eine künftig bessere Wettbewerbsfähigkeit der Städte erwachsen kann (Keim 2001: Regenerierung schrumpfender Städte).

Kreatives Handeln in der Stadtentwicklung ist in diesem Zusammenhang die intendierte Veränderung nicht mehr adäquater Handlungsmuster in unterschiedlichen kommunalen Handlungsfeldern. Kreatives Handeln heißt, mit Routinen zu brechen. Es favorisiert integrierte und grenzüberschreitende Handlungsansätze. Im Sinne einer "Kultivierung des Experiments" gibt es einen verantwortungsvollen Umgang mit offenen Ergebnissen und Mut zum kalkulierten Risiko.

Die Herausbildung städtischer Kreativität braucht die Zusammenführung unterschiedlicher Akteure des öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektors und die Verständigung auf gemeinsame strategische Ziele. So hat beispielsweise in Karlskrona die Bildung einer gemeinsamen Kooperationsplattform aus öffentlicher Verwaltung, Universität und privater Wirtschaft im Bereich der Telekommunikation wesentliche Potenziale in der Zusammenarbeit freigesetzt und eine Neuprofilierung der Kommune nach einem grundlegenden Strukturwandel als "Telecom-city" ermöglicht. Bei den ostdeutschen Städten wurde hingegen teilweise die Erfahrung gemacht, dass Potenziale insbesondere im Wissens- und Bildungsbereich bisher noch zu wenig wahrgenommen und nahezu nicht in Prozesse der Stadtentwicklung integriert werden. Chancen für Kreativität und Visionen, die im gezielten Ausbau eines Wissensmilieus liegen, werden damit vergeben.

Zwischenfazit
In der Workshopreihe hat sich gezeigt, dass die Rahmenbedingungen in der öffentlichen Verwaltung der Kommunen oft eher kreativitätshemmend denn -fördernd wirken und lokale Kommunikationskulturen vielfach noch nicht ausreichend entwickelt sind. Ansatzpunkte für eine Überwindung der Situation liegen in einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit in Projekten und einer gezielten Ausdehnung des Akteursspektrums. Die Verwaltung muss – das vermittelten z.B. die Erfahrungen aus Tilburg – ihr eigenes Selbstverständnis reformieren und ein Image bzw. eine Selbstwahrnehmung des mentalen Zusammenhalts und der gemeinsamen Zielsetzungen entwickeln und dies mit einer positiven Selbstdarstellung verbinden.

Die westeuropäischen Erfahrungen zeigen, dass bei Entwicklungsprozessen, die als krisenhaft empfunden werden (massiver Bevölkerungsrückgang, Leerstand oder Minimierung der Kommunalfinanzen) und bei denen kaum Aussicht besteht, sie über traditionelle Wachstumshoffnungen zu lösen, Personen, Gruppen oder auch Organisationen eine größere Bereitschaft entwickeln, sich positiv in Entwicklungsprozesse einzubringen. Krisen und Problemsituationen werden dann zum Anlass genommen, herkömmliche Handlungswege und altbewährte Routinen zu verlassen und neue Wege zu gehen. Die Realisierung gemeinsamer Projekte ermöglicht es, neue Arbeitsweisen zu erproben, Akteurnetzwerke aufzubauen und eine positive Grundstimmung zu erzeugen.

Ausblick
Interesse an der Weiterführung des Netzwerks und dessen Ausbau wurde insbesondere bezüglich des gemeinsamen Austauschs über konkrete Projekte und Verfahrensweisen im Stadtumbauprozess geäußert.
Die Ergebnisse der Workshopreihe werden derzeit aufgearbeitet und gemeinsam mit ergänzenden Beiträgen zum Thema "Kreative Stadtentwicklung" für eine Publikation vorbereitet. Diese wird im Rahmen eines von der Schader-Stiftung und dem IRS gemeinsam veranstalteten Symposiums "Städtische Kreativität – Potential für den Stadtumbau" am 10. September 2003 im IRS in Erkner vorgestellt. Das Programm sowie nähere Informationen zum Symposium befinden sich auf der Homepage des IRS (www.irs-net.de) und der Schader-Stiftung (www.schader-stiftung.de).

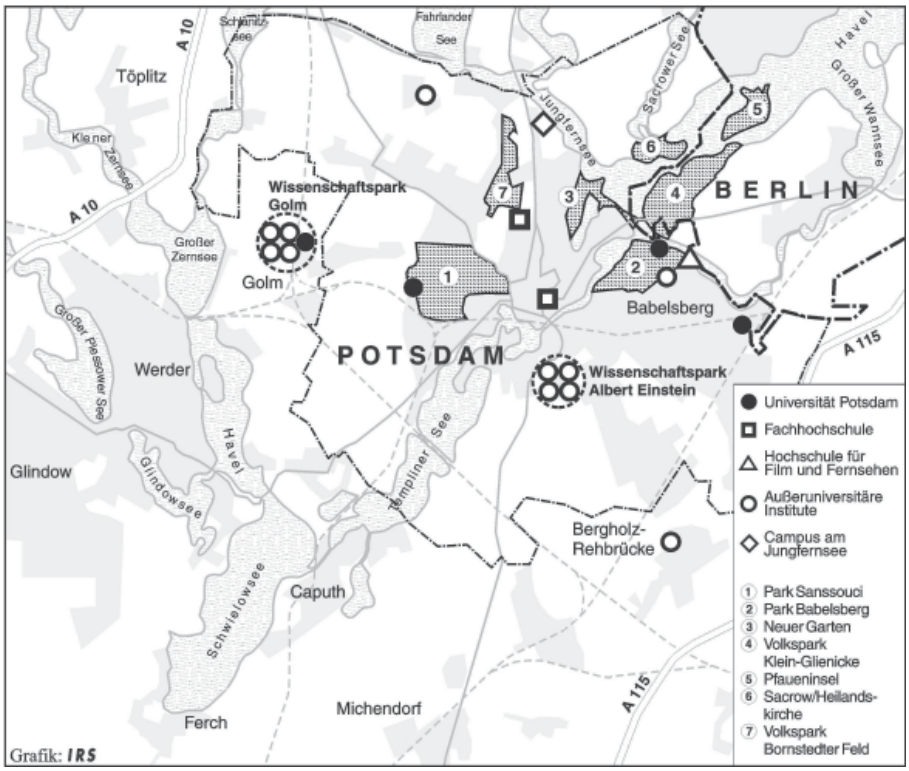
Kontakt im IRS über:
Heike Liebmann und Beate Glöckner
(liebmann@irs-net.de)

Potsdam: Kulturlandschaft für die Wissensgesellschaft

Potsdam belegt innerhalb des Landes Brandenburg in besonderer Weise, wie die wissensbasierte Entwicklung für einzelne Städte und Regionen durchaus einen Ausweg aus den Problemen der demografischen und wirtschaftlichen Schrumpfung in Ostdeutschland eröffnen kann. Die Landeshauptstadt ist bereits seit der Gründung des ersten astrophysikalischen Observatoriums der Welt im Jahr 1874 ein Forschungsstandort mit Schwerpunkt auf den Geowissenschaften.
Die Stadtregion Potsdam weist heute durch die Universität, die Fachhochschule, die Hochschule für Film und Fernsehen sowie 14 außeruniversitäre Institute eine der höchsten FuE-Dichten in Deutschland auf. An den drei Hochschulen studieren derzeit ca. 17.000 junge Menschen. Auf der Ba-

sis von ca. 4.000 hochqualifizierten Beschäftigten in der universitären und außeruniversitären Forschung ist die regionale Wirtschaftsstruktur stark wissensbasiert. In der Medienbranche mit ihrem Zentrum in Babelsberg sind weitere etwa 5.000 Menschen tätig. Diese Ballung des Wissens ist für das IRS Anlass, im Rahmen des Leitprojekts "Wissensbasierte Stadtentwicklungen" eine Fallstudie zur Wissensregion Potsdam durchzuführen. Die hierbei zugrunde liegenden Problemanalysen und Leitfragen werden im Folgenden skizziert.

Obwohl Potsdam von der Studentendichte durchaus mit klassischen Universitätsstädten wie Tübingen und Heidelberg konkurrieren kann, wird die Stadt bisher öffentlich kaum als Universitäts- und Wissenschaftsstadt wahrgenommen. Eine Ursache dürfte darin liegen, dass im Zentrum der Landeshauptstadt die öffentlich zugänglichen Einrichtungen der Hochschulen und Forschungsinstitute (Bibliotheken, Mensen, Veranstaltungsräume) wenig präsent sind und daher kaum zur Belebung der Innenstadt beitragen. Die Wissenschaftseinrichtungen sind in der Stadtregion Potsdam vielmehr auf viele periphere Standorte verteilt. Mit ihrem Umzug in den Potsdamer Norden wird die Fachhochschule Potsdam ihren derzeitigen Standort in der Innenstadt aufgeben. Die 1991 neu gegründete Universität Potsdam ist auf drei Standorte verteilt: Neues Palais, Golm und Griebnitzsee. Alternative Planungen, den Standort Neues Palais als zentralen Sitz der Universität auszubauen, ließen sich in den 1990er Jahren nicht durchsetzen. Die enge Vernetzung der universitären Forschung und Lehre mit der außeruniversitären Forschung gehört zum Gründungskonzept der Universität Potsdam. Ein Großteil der außeruniversitären Forschungsinstitute konzentriert sich in zwei Wissenschaftsparks. Der "Wissenschaftspark Albert Einstein" ist ein historischer Forschungsstandort auf dem Telegrafenberg. Dort arbeiten heute ca. 800 Beschäftigte u.a. im GeoForschungsZentrum Potsdam, im Alfred-Wegener Institut für Polar- und Meeresforschung, im Potsdam-



Wissenschafts- und Kulturlandschaft Potsdam.

Institut für Klimafolgenforschung sowie in einer Außenstelle des Astrophysikalischen Instituts. Der von Erich Mendelsohn 1924 errichtete expressionistische Einsteinturm ist heute ein bekanntes bauliches Symbol für den Wissenschaftsstandort Potsdam.

Der zweite Wissenschaftspark wurde zu Beginn der 1990er Jahre auf der "Grünen Wiese" in der Nachbargemeinde Golm erschlossen. Der "Wissenschaftspark Golm" ist Sitz der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam, der Max-Planck-Institute für Gravitationsphysik, Kollorid- und Grenzflächenforschung, Molekulare Pflanzenphysiologie sowie dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung. Der Standort Golm soll zukünftig bis zu 1.200 Menschen beschäftigen. In den nächsten Jahren wird der Wissenschaftspark durch einen Technologiepark erweitert, um institutsnahe Ausgründungen von Wissenschaftlern zu ermöglichen und neue Firmen anzusiedeln. Darüber hinaus soll sich der Wissenschaftspark zu einer Keimzelle für ein neues Ortszentrum der Gemeinde Golm entwickeln. Bisher sind die Universität auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne und die neugebauten Forschungsinstitute noch durch eine Bahnlinie getrennt. Ob allerdings die Wachstumskräfte ausreichen werden, um hier einen ähnlich attraktiven Wissenschaftspark wie auf dem Telegrafenberg zu entwickeln, erscheint derzeit offen.

Im Unterschied zu dieser Standortentscheidung der öffentlichen Hand suchen privatwirtschaftliche Ansiedlungen stärker die Nähe der Potsdamer Kulturlandschaft. Hasso Plattner, Mitgründer des Software-Unternehmens SAP, investiert seit 2003 auf dem Standort der früheren Nedlitzer Kasernen in einen "Campus am Jungfernsee". Mit geplanten 3.000 Arbeitsplätzen und bis zu 400 Wohnungen wird dies das größte Städtebauprojekt Potsdams der nächsten Jahre. Der Campus wird in Anlehnung an die Gestaltung des Parks Sanssouci in Terrassenform zum Jungfernsee mit Bootsanleger und Promenaden angelegt. Ebenfalls im Jahr 2003 hat sich der Softwarehersteller Oracle in Potsdam an einem Standort mit Ausblick auf den Tiefen See und den Park Babelsberg niedergelassen. In beiden Fällen ist der Zugang zum Wasser und die Nähe zur Potsdamer Kulturlandschaft ein wichtiger Standortfaktor.

Die Potsdamer Kulturlandschaft
Als "Potsdamer Kulturlandschaft" wird die Region um die frühere Residenzstadt Potsdam zwischen dem Wannsee am südwestlichen Rand Berlins, der Stadt Werder und der Gemeinde Ferch am Südufer des Schwielowsees bezeichnet. Diese Region ist naturräumlich durch die Havelseen verbunden. In ihrem Kern umfaßt die Potsdamer Kulturlandschaft die seit 1990 als UNESCO-Weltkulturerbe geschützten Schlösser und Parks: Sanssouci, Neuer Garten, Babelsberg, Glienicke, Sacrow, Pfaueninsel, Nikolskoe. Die historisch gewachsene Potsdamer Kulturlandschaft gilt durch das Zusammenspiel von Gartenbaukunst, Landschaft und Architektur als "Gesamtkunstwerk". Die Seen, Parks, Gärten, Schlösser und Güter bilden heute eine Kulturlandschaft von internationaler Bedeutung für den Denkmalschutz und den Tourismus. Ausgehend von den Bestrebungen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1620-1688), die Region um Potsdam als großen "Frucht- und Ziergarten" zu entwickeln, hat die preußische Landesverschönerung im 19. Jahrhundert durch Peter Josef Lenné und Fürst Hermann von Pückler-Muskau über die engeren Grenzen der Parks und der Insel Potsdam hinaus die gesamte Region einschließlich der umliegenden Dörfer, Feldfluren und Jagdwälder als arkadisches Gartenreich zu gestalten versucht.

Der Park als Siedlungsform der Wissensgesellschaft?
Der wasserreichen Parklandschaft Potsdams wird als "weicher Standortfaktor" für die postindustriellen Ansprüche von Wissenschaft und Medien eine große Attraktivität zugeschrieben. Die Potsdamer Kulturlandschaft weist besonders als Standort für wissenschaftliche "Denkfabriken" ein kreativitätsförderndes Ambiente auf. Diese These wurde auf dem 4. Symposium des Gemeindeforums Potsdamer Havelseen im September 1999 vertreten. So verbindet der Direktor des Astrophysikalischen Instituts dienstliche Gespräche mit einem Spaziergang durch den Park Babelsberg.

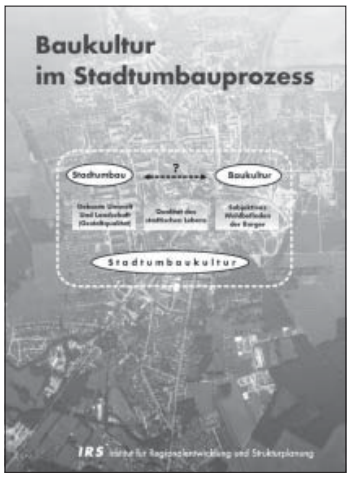
Auch auf dem Forum "Der Innovationsstandort Potsdam" im Juni 2000 wurden die möglichen Synergien zwischen der Ansiedlung wissensbasierter Dienstleistungen und der Potsdamer Kulturlandschaft betont. Das IRS wird in einer Fallstudie durch Experteninterviews empirisch untersuchen, welche tatsächlichen Effekte von der Potsdamer Kulturlandschaft für postindustrielle und wissensbasierte Ansiedlungen ausgehen und welche neuen Synergien sich dabei abzeichnen.

Kontakt im IRS: Dr. Manfred Kühn
Tel.: 03362/793-238,
E-Mail: kuehnM@irs-net.de

Neue IRS-Broschüre "Baukultur im Stadtumbauprozess"

Im Jahr 2002 war das IRS durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit der Ausarbeitung eines Gutachtens "Baukultur im Stadtumbauprozess" beauftragt. Als erstes Teilergebnis konnte vor kurzem der interessierten Öffentlichkeit, insbesondere den kommunalen Akteuren des Stadtumbauprozesses, das "Positionspapier Baukultur Stadtumbau Ost" zur Verfügung gestellt werden. Der jetzt vorliegende ausführliche Forschungsbericht gibt Beispiele dafür, wie die natürlichen und baulichen Elemente der Stadtgestalt im Rahmen des Stadtumbaus Ost so strukturiert werden können, dass sie eine anspruchsvolle städtebauliche Gestaltung ergeben. Er soll zugleich helfen, die Bürger der Städte zu motivieren, Schrumpfungsprozesse nicht als passive "Empfänger" gleichsam in der Art einer Naturkatastrophe über sich ergehen zu lassen, sondern den Stadtumbau aktiv als engagierte Bürger mitzugestalten.

Die Arbeit an der Broschüre sowie die Diskussion mit wichtigen Akteuren haben jedoch auch gezeigt, dass es zum Themenfeld der Stadtumbaukultur derzeit noch viele offene Fragen und Handlungsspielräume gibt, die im Rahmen des neuen Bund-Länder-Förderprogramms zum Stadtumbau aufgegriffen werden sollten. Insbesondere sollten die Fragen der stadtumbaubezogenen Baukultur mit individuellen Lösungen für eine zielgerichtete Qualifizierung der örtlichen Umstrukturierungsprozesse so verknüpft werden, dass diese den beteiligten Akteuren ermöglichen, mit dem Baukulturbegriff auch in ihren konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhängen eine spürbare Qualitätsverbesserung zu verbinden. Stadtumbaukulturelle Leitbilder und Zielstellungen werden – wie in der Broschüre gezeigt wird – von Kommune zu Kommune mit unterschiedlichen Vorstellungen und Herangehensweisen verbunden und in entsprechenden Maßnahmen umgesetzt. Verallgemeinerungsfähige Rezepte und perfekte Lösungsmodelle wären in diesem Zusammenhang daher mit Sicherheit fehl am Platze.



Vielmehr wird es in Zukunft um vertiefte Analysen, Wissenstransfer und diskursive Wissensvermittlung gehen, aber auch um eine gründliche Wirkungsanalyse des Stadtumbauprozesses, u.a. bezüglich der Arbeit mit neuen oder weiterentwickelten Verfahren und Instrumenten im Bereich der Stadtumbaukultur.

Ansprechpartner im IRS: Christoph Haller, Tel. 03362/793-239, E-Mail: haller@irs-net.de
Bestellung der Broschüre über Kerstin Wegel, Fax: 03362/793-111, E-Mail: wegelK@irs-net.de
Download der Broschüre sowie des dazugehörigen Positionspapiers im Internet unter www.irs-net.de (bitte dem Link auf der Startseite folgen).

Kurzberichte aus der aktuellen Forschung

Workshops

Das Flussgebiet als Handlungsraum
Wie die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Land Brandenburg umgesetzt wird, wurde am 6. Mai auf einem Workshop mit Behörden- und Verbändevertretern vor dem Hintergrund von Erkenntnissen aus der IRS-Forschung diskutiert. Eingeladen hatte das IRS, um Forschungsergebnisse über die Raumrelevanz der WRRL und ihre Auswirkungen auf bestehende Institutionen am konkreten Beispiel des Landes Brandenburg zu reflektieren.

In mehrfacher Hinsicht dienen die IRS-Arbeiten der Perspektivenerweiterung bei der aktuellen Diskussion über die Umsetzung der WRRL. Timothy Moss zeigte auf, wie ein erweitertes Verständnis des Begriffs "Institution" hilft, um Inkompatibilitäten ("misfits") zwischen bestehenden wasserwirtschaftlichen Institutionen und den Anforderungen der WRRL frühzeitig zu erkennen. Ingrid Apolinarski und Christoph Bernhardt zogen Lehren aus den historischen Erfahrungen mit Flussgebietsmanagement in der DDR, insbesondere zur grenzüberschreitenden Kooperation an der Oder. Die Zusammenarbeit über Staats- und Ländergrenzen hinweg war zentrales Thema des Beitrags von Heidi Fichter, die auf die Entstehung neuer Governance-Formen bei der Erfüllung der Koordinierungspflichten nach der WRRL einging. Andreas Röhring erläuterte den sektorübergreifenden Koordinierungsbedarf infolge der WRRL am Beispiel der Interaktion zwischen Gewässerschutz und landwirtschaftlicher Flächennutzung. Über den aktuellen Stand der Umsetzung der WRRL in Brandenburg referierte René Schenk, zuständiger Referent im Landesumweltamt Brandenburg. In den Diskussionen wurde deutlich, inwieweit und an welchen Stellen die Einbindung von Interessenvertretern aus Raumplanung, Landwirtschaft und Naturschutz für die effektive Umsetzung der WRRL erforderlich sein wird.

Forschungsergebnisse zu diesem Thema aus dem IRS und von externen AutorInnen erscheinen im Sommer 2003 beim LIT-Verlag unter dem Titel "Das Flussgebiet als Handlungsraum. Institutionenwandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus raumwissenschaftlichen Perspektiven", Hrsg. Timothy Moss (ISBN 3-8258-6818-4). Kontakt im IRS über: Dr. Timothy Moss, Tel.: 03362/793-185; E-Mail: MossT@irs-net.de

***

Auf dem Workshop **"EU-Strukturfonds und nachhaltige Regionalentwicklung - Die Zukunft!"**, der am 3.-4. Juni 2003 in Berlin stattfand, hielt Heidi Fichter ein Impulsreferat im Rahmen der AG "Steuerungsmöglichkeiten einer nachhaltigen Regionalentwicklung". Der Workshop steht in engem Zusammenhang mit zwei F&E-Vorhaben des Umweltbundesamtes.

***

Als externe Expertin wurde Heidi Fichter eingeladen, an dem internationalen Workshop **"Was macht eine Region lebenswert?"** des Zentrums für Technik und Gesellschaft, TU Berlin am 16. und 17. Juni 2003 in Berlin teilzunehmen. Ziel dieser Veranstaltung war es, den von der Forschungsgruppe entwickelten Analyserahmen des Projekts "Regionaler Wohlstand – neu betrachtet" mit Experten unterschiedlicher Disziplinen zu diskutieren.

***

Heidi Fichter und Andreas Röhring vom IRS stellten auf dem Workshop **"Institutionen in Naturschutz und Ressourcenmanagement - Beiträge der Neuen Institutionenökonomik"** am 26. und 27. Juni 2003 auf Einladung des UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH in zwei Vorträgen institutionentheoretische Untersuchungsansätze in der raumwissenschaftlichen Forschung des IRS vor. Der Workshop war der Auftakt für eine stärkere Vernetzung von umweltbezogener institutionenökonomischer Forschung in Hochschulen und Instituten aus dem mitteldeutschen Raum. Eine Veröffentlichung der Vorträge ist in den UFZ-Berichten vorgesehen.

Internationale Wohnungskonferenz
Vom 22.-24. Mai fand in Kraków die Konferenz "Management und Finanzierung der Nachkriegswohnungsbestände in Mittel- und Osteuropa" statt, die im Rahmen des SurEuro Projetes als gesonderte Transferveranstaltung für die Beitrittsländer von der EU Kommission und der Schader-Stiftung finanziert wurde. Organisatoren der Veranstaltung waren das Institut für Stadtentwicklung – (IRM) in Kraków, das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) in Darmstadt, sowie das IRS, das im Rahmen des Projektes den Wissenstransfer nach Mittel- und Osteuropa koordiniert. Das von Wohnungsunternehmen und Forschung getragene Projekt SUREURO bietet nach inzwischen zweijähriger Laufzeit 'tools' für die Kooperation in der Quartierserneuerung ('Stichwort Governance'), ein partizipatives Management von Wohnungsbeständen und innovative Sanierungstechniken an.

Nach der Eröffnung durch den polnischen Vizeminister des Ministeriums für Infrastruktur, Prof. Bryx, und den vergleichenden Fachvorträgen aus der Bundesrepublik (BMVBW), der Tschechischen Republik und von der UN-Habitat Organisation, stand der wohnungspolitische Diskurs zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis im Mittelpunkt des ersten Tages. Wie sich erfolgreiches Wissen transnational nutzen und welche finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für ein dauerhaftes Management der ostmitteleuropäischen Wohnungsbestände erfolgversprechend sein können, stand im Mittelpunkt der folgenden Workshops, in denen Teilnehmer aus 13 Ländern mitarbeiteten.

Die Beiträge des IRS und des brandenburgischen Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr machten den Fühlungsvorteil deutlich, der auf der Basis dauerhafter Forschung und Beratung zum ostmitteleuropäischen Wohnungswesen entstehen konnte. Das jahrelange Engagement in der EU-Forschung zur 'Stadt der Zukunft' (die EU-Projekte SurEuro http://www.decco.nl/sureuropublic/publ.htm, NEHOM

http://www.nhh.no/geo/NEHOM/ und seit neuestem RESTATE http://www.restate.geog.uu.nl/; INTERREG IIC) befördert ein gegenseitiges Verständnis, das die Voraussetzung für einen Wissenstransfer mit praktischen Konsequenzen bildet. Einigkeit bestand darüber, dass die lokale Ebene und kleinteilige Perspektiven für die Weiterentwicklung der Wohnungsbestände in Ostmitteleuropa wichtiger sind, als die Hoffnung auf 'große Lösungen', dass aber zugleich die Staaten ihrer Verantwortung gegenüber der Wohnungsversorgung gerecht werden müssen. Noch wichtiger als die Bereitstellung von langfristig verbürgten Geldern scheint seitens der staatlichen Instanzen dabei eine Rolle als "Befähiger" und "Ermutiger" für die lokalen Akteure.

Kontakt im IRS über: Silke Alsen (alsen@irs-net.de) und Thomas Knorr-Siedow (knorr-st@irs-net.de)

Städtische Akteure diskutierten zu wirtschaftlichen Perspektiven von Eisenhüttenstadt

Im Rahmen des Projektes EisenhüttenStadt 2030, in dem das IRS mit der wissenschaftlichen Begleitung betraut ist, fand im Mai die Themenwerkstatt "Wirtschaftliche Perspektiven in Eisenhüttenstadt und Region bis 2030" statt. Die ganztägige Veranstaltung mit rund 60 Experten aus kommunaler Wirtschaft und Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürgern war geprägt durch ein hohes Engagement der Teilnehmer und eine sehr konstruktive Stimmung.

Themen des Tages waren nicht nur Stahl, Metallverarbeitung und Recycling, sondern auch Dienstleistungen, Tourismus und das Themenfeld "Gesundheit und Senioren". Als problematisch für Eisenhüttenstadt wurde die auf Stahl ausgerichtete Monostruktur benannt – hier sei nicht nur eine Erhöhung der Wertschöpfung durch eine Hinwendung zur Metallverarbeitung und innovativen Produkten, sondern auch die Entwicklung von zusätzlichen wirtschaftlichen Standbeinen notwendig. Diskutiert wurde auch über die Chancen der EU-Osterweiterung, die offenbar von vielen Unternehmen noch nicht erkannt werden.

Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen waren facettenreich und von hohem fachlichem Niveau, so dass sich im Laufe des Tages viele Anknüpfungspunkte herausbildeten, die nicht nur unter der Perspektive des Jahres 2030 von Interesse sind, sondern aus denen auch kurzfristig konkrete Handlungsansätze entwickelt werden können. So wurde die Verbesserung der Kommunikation zwischen Unternehmen, Verbänden und der Verwaltung als Wunsch formuliert.

Ein Schlüsselbegriff der Veranstaltung lautete "Netzwerk": Aus der Kooperation der Unternehmen untereinander, der Nutzung vorhandener und Entwicklung neuer Synergien könnte kurz- und mittelfristig neue Wirtschaftskraft geschöpft und die Branchenstruktur vielfältig weiter entwickelt werden. Die Bereitschaft der Anwesenden zum Engagement für die wirtschaftliche Entwicklung von Eisenhüttenstadt und der Region signalisiert (auch für den weiteren Verlauf des Stadt-2030 Forschungsprojekts) das Interesse der Akteure, an der Gestaltung der städtischen Zukunft aktiv mitzuwirken.

Über die Themen sowie die Ergebnisse dieser ersten Werkstatt informieren zwei "Infobriefe", die online unter www.eisenhuettenstadt.de abgerufen werden können. Soeben wurde die Vorbereitung der zweiten Themenwerkstatt abgeschlossen, die sich Ende Juni 2003 mit den Chancen und Risiken der demografischen Entwicklung in Eisenhüttenstadt beschäftigen wird. Auch zu dieser Veranstaltung ist ein Infobrief online verfügbar.

Kontakt im IRS: Christoph Haller (haller@irs-net.de) und Kerstin Jahnke (jahnke@irs-net.de)

Informationen im Internet: www.eisenhuettenstadt.de (dort weiter dem Menu "Stadt 2030" folgen).

ESPON 2.2.2 - Kick-off meeting

Am 20. und 21. März fand das Kick-off meeting des Anfang März gestarteten ESPON (European Spatial Planning Observation Network) Projekts zur "Pre-accession aid impact analysis" in Erkner statt. Neben den beteiligten Mitarbeitern der Abteilung 1 haben alle weiteren Projektpartner (von EPRC in Glasgow, CRT in Nexö, Dänemark, EUROREG in Warschau, CRT HAS in Pècs, RDI in Athen sowie der BBR) an diesem Treffen teilgenommen. Darüber hinaus wurde dieses Treffen auch von Peter Mehlbye, dem Direktor der ESPON Co-ordination Unit in Luxemburg, unterstützt.
Im Mittelpunkt des Kick-off meetings stand, neben der allgemeinen Vorstellung von ESPON sowie des obigen Projekts bei allen Projektpartnern, die intensive Diskussion der ersten Arbeitsschritte. Im ersten Projektabschnitt ging es vor allem um den konzeptionellen Rahmen und die methodischen Grundlagen. Neben dem methodischen Ansatz, der die Maßnahmen der EU in den Beitrittsländern (pre-accession aid - Phare, ISPA und Sapard) und deren Zielsetzung in Beziehung zu den jeweiligen regionalen Potenzialen setzt, wurden geeignete Indikatoren für die Analyse sowie potenzielle Datenquellen bzw. -probleme diskutiert. Diese Diskussionen mündeten Anfang April in den ersten Interim Report, der auf der ESPON Homepage veröffentlicht ist (www.espon.lu).
Darüber hinaus wurden Fragen des nächsten Projektabschnitts diskutiert, um die Grundlagen für die Arbeit bis zum zweiten Interim Report im August zu legen. In diesem nunmehr aktuellen Projektabschnitt ist die Datensammlung zu den Programmen und Projekten der Pre-accession aid abzuschließen und es sind Hypothesen bzgl. der Wirkungsweise dieser Maßnahmen sowie ihrer Beziehung zu der jeweiligen regionalen Situation zu entwickeln. Des weiteren werden in dieser Phase erste Analysen der genannten Politikmaßnahmen in Bezug auf ihren territorialen Einsatz und ihrer Wirkungen durchgeführt.

Internationales Netzwerk
Neben der Arbeit innerhalb des eigenen ESPON Projekts in einem internationalen Team stellt auch die Beteiligung an internationalen Veranstaltungen des ESPON Netzwerkes einen wesentlichen Bestandteil dieser Forschungsarbeit dar. Als Lead Partner haben die beteiligten Mitarbeiter des IRS am 5. und 6. Mai am zweiten ESPON Seminar in Kreta teilgenommen. Insgesamt waren etwa 130 Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung anwesend, die in den verschiedenen ESPON Projekten arbeiten bzw. beratende und überwachende Funktionen innerhalb des ESPON Netzwerkes inne haben.

Diese etwa halbjährlich stattfindenden ESPON Seminare verfolgen verschiedene Zielsetzungen. Zum einen dienen sie einer engen Koordination aller transnationalen ESPON Projekte, um zu gemeinsamen Ergebnissen beizutragen. Zum anderen stellen sie eine Plattform des Informationsaustauschs zwischen der Luxemburgischen Co-ordination Unit, den Projektgruppen und den Vertretern aus Politik und Verwaltung, insbesondere der Europäischen Kommission, dar.

Das besondere Ziel des Seminars in Kreta war die Schaffung einer 'Common platform' für alle derzeit 16 laufenden ESPON Projekte mit dem Ziel, die Basis für aufeinander abgestimmte Ergebnisse in allen Projekten zu schaffen. Dabei wurde vor allem auf ein gemeinsames Verständnis der zu verwendenden Konzepte, Typologien, Methoden, Indikatoren, Daten und Kartendesigns abgestellt.
Aufgrund der politischen Agenda bezüglich der Diskussionen um die zukünftige Gestaltung der Strukturfonds werden hohe Erwartungen an die Ergebnisse der nächsten Runde der Interim Reports im August gestellt. Dementsprechend wurde in diesem Seminar auch das Ziel verfolgt, die zu erwartenden wissenschaftlichen Ergebnisse mit den Wünschen der Europäischen Kommission zu verknüpfen.

Kontakt im IRS über Hans Joachim Kujath (KujathH@irs-net.de) und Sabine Zillmer (Zillmer@irs-net.de)

Phare CBC - 2. Projekttreffen

Das zweite Projekttreffen des im November 2002 gestarteten Projekts zur Evaluierung der deutsch-polnischen Phare CBC Projekte zwischen 1994 und 1999 fand am 8. und 9. April 2003 in Warschau statt. Neben den Projektpartnern von EUROREG in Warschau, der TWG in Gorzów Wielkopolski und von EPRC in Glasgow sowie der Implementing Authority aus Warschau nahmen auch die beteiligten Mitarbeiter der Forschungsabteilung 1 des IRS an diesem Treffen teil.

Im Mittelpunkt standen erste Ergebnisse der empirischen Untersuchung sowie die Koordination des weiteren Vorgehens bei den einzelnen Projektpartnern. Auf polnischer Seite waren die Befragungen in den meisten der betroffenen Phare CBC Projekte zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen und Fragebögen, die den örtlichen Verwaltungen zugesandt worden waren, ausgewertet. Auf deutscher Seite ist vom IRS bis zu diesem Zeitpunkt untersucht worden, in welchen Interreg IIa Projekten Kooperationen mit Phare CBC Projekten stattfanden. Im weiteren Projektverlauf werden Interviews mit den Interreg-Verantwortlichen in den Euroregionen Pomerania, Pro Viadrina und Spree-Neiße-Bober geführt, insbesondere, um potenzielle Probleme bei der Abstimmung zwischen Interreg und Phare CBC Projekten zu identifizieren und damit langfristig zu einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperationen im deutsch-polnischen Grenzgebiet beizutragen. Für die Evaluierung der Projekte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bei der Bevölkerung wurde auf diesem Projekttreffen des Weiteren vereinbart, dass Schüler und Eltern in drei Grenzstädten beiderseits der Grenze (Frankfurt-Słubice, Guben-Gubin und Görlitz-Zgorzelec) zu ihren Erfahrungen mit Interreg bzw. Phare CBC Projekten befragt werden sollen.

Hans Joachim Kujath,
Sabine Zillmer

Kurz notiert

Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)

Hans-Olaf Henkel zu Besuch im IRS

"Das Themenfeld Stadt, Region und Wissen ist hier in Erkner bestens aufgehoben". Mit diesem Lob für das IRS- Team brachte der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Hans-Olaf Henkel, seinen Eindruck auf den Punkt. Während seines dreistündigen Besuchs am 20. Mai informierte sich Henkel über aktuelle Forschungsarbeiten am Institut. Im Gespräch mit Institutsdirektor Karl-Dieter Keim und Journalisten wurden aber auch kritische Töne laut. So wies Henkel Überlegungen des Bundes zum Ausstieg aus der Förderung der Institute der Leibniz-Gemeinschaft als "absurd" zurück. "Was das Bundeswissenschaftsministerium vorgeschlagen hat, ist widersprüchlich, kontraproduktiv und chancenlos", sagte Henkel. Hintergrund: Mitte Mai war bekannt geworden, dass der Bund sich aus der Bund-Länder-Forschungsförderung zurückziehen wolle. Nahezu die Hälfte der 80 Leibniz-Institute befinde sich in Ostdeutschland, davon allein 14 in der Hauptstadtregion. Es sei ausgeschlossen, dass die ostdeutschen Länder die Finanzierung alleine schultern. Er kenne keinen Landeswissenschaftsminister, der die Idee unterstütze. Der Vorschlag sei für ihn von daher ein Rückfall in die Kleinstaaterei. Forschungsinstitute

wie das IRS müssten nicht ent-, sondern verflochten werden. Die notwendige Interdisziplinarität von Instituten, die nur noch unter der Ägide der Länder stünden, sei schwer vorstellbar. Ähnlich argumentierte auch Keim. Das IRS habe sich in der Doppelstruktur zwischen Bund und Land sehr gut platziert. Es arbeite international, ohne die "Bodenhaftung" in der Region Berlin-Brandenburg zu verlieren. GM

Gastwissenschaftler-Aufenthalt in Mexiko

Der Direktor des IRS, Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, nahm vom 20. Januar bis 19. März 2003 auf Einladung eine Gastdozentur an der Universität Guadalajara (Mexiko) wahr. Der Aufenthalt wurde vom DAAD finanziell unterstützt. Grundlage hierfür war die seit mehreren Jahren bestehende Kooperation zwischen dem Regionalwissenschaftlichen Institut INESER des Zentrums für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften an der dortigen Universität.

Im Mittelpunkt des Aufenthalts standen zwei Seminare, einmal zum Thema "Regionalization: Processes, Actors and Strategies" sowie "Urban Governance: Changes and Action Forms". Die Seminare wurden in englischer Sprache durchgeführt und von Mitgliedern der Universität besucht, die dort als Dozenten in verschiedenen Fachrichtungen tätig sind. Als fruchtbar erwiesen sich insbesondere Diskussionen darüber, welche neueren theoretischen Konzepte für die Strukturierung dieser Arbeitsfelder geeignet erscheinen.

Darüber hinaus nutzte Prof. Keim die Gelegenheit dazu, weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem INESER und dem IRS zu besprechen. Es stellte sich heraus, dass insbesondere die Frage des Institutionenwandels in Verbindung mit Gemeinschaftsgütern (schwerpunktmäßig zum Thema Wasser) von beiden Seiten als zukunftsträchtiges Arbeitsgebiet identifiziert wurde, zu dem interessante Vergleichsstudien durchgeführt werden könnten. Ein zweites gemeinsames Thema bezieht sich auf die Entwicklung von Indikatoren zur laufenden Raumbeobachtung von Metropolregionen. Die näheren Absprachen sollen in den kommenden Monaten geführt werden.

Grenzen überwinden – Vielfalt bewahren: Begleitkonferenz zu den 23. Internationalen Hansetagen in Frankfurt (Oder) und Słubice

Im Rahmen der 23. Internationalen Hansetage fand im Collegium Polonicum, einer Gemeinschaftseinrichtung der Frankfurter Europa-Universität Viadrina und der Adam-Mickiewicz Universität in Poznań, vom 22. bis 23. Mai 2003 die Konferenz "Grenzen überwinden – Vielfalt bewahren" statt. Petra Jähnke vom IRS hielt in der Arbeitsgruppe 1 "Die Hanse ein zeitgemäßes Netzwerk?" ein Statement zum Thema "Chancen und Grenzen der Städtekooperation im Bereich Stadtplanung und Stadtentwicklung".

Die Hanse versteht sich als europäischer Städtebund, der sich dem kulturellen Austausch über Grenzen hinweg verschrieben hat. Konferenzen, Wirtschaftsbegegnungen und wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Gegenwartsproblemen der Städte sind Programmpunkte eines jeden Hansetages (www.hanse.org). Zur Eröffnung der diesjährigen Begleitkonferenz wurden die Vertreter aus mehr als 90 Städten und 11 Ländern durch die Rektorin der Europa-Universität und die beiden Bürgermeister der Doppelstadt an der Oder begrüßt. Bereits der Veranstaltungsort, nicht in Frankfurt sondern auf der anderen Seite der Grenze in Słubice gelegen, symbolisierte das Tagungsthema, das im Festvortrag von Jens Grabbe mit "Grenzen überwinden – Vielfalt bewahren: Europäische Erfahrungen und Herausforderungen" präzisiert wurde. In Arbeitsgruppen diskutierten die internationalen Teilnehmer, die Vertreter der Europauniversität und weitere Experten Themenstellungen im Hinblick auf die Zukunft der Hanse, die deutsch-polnische Grenzsituation und die Hansestadt Frankfurt (Oder).

Petra Jähnke

Stadtzentrum von Frankfurt (Oder).

Regionalgespräche: MWFK und IRS plädieren für den kulturpolitischen Dialog zwischen Land und Kommunen

Wenn die Bevölkerung "schrumpft", wie die Experten Einwohnerverluste und deren Folgen in bestimmten Städten und Regionen bezeichnen, verändert sich der soziale Raum. Und damit auch seine kulturelle Infrastruktur: Theater, Opern, Museen, Bibliotheken, Kinos und nicht zuletzt die alltagskulturellen Rahmenbedingungen eines räumlichen Gefüges erscheinen von ihrer Finanzierbarkeit her in einem anderen Licht. Schnell kommt angesichts dramatischer Finanz-Restriktionen auf Kommunal- und Länderebene die kulturpolitische Frage auf: Was können wir uns noch leisten, wenn sich das kulturelle Angebot "nicht rechnet"?

Der kulturpolitische Dialog zwischen Ländern und Kommunen ist dringend angezeigt, damit gegenseitige Schuldzuweisungen und unreflektierte Deutungsmuster im politisch-administrativen Raum durch konzeptuelle Grundlagen ersetzt werden können. Eine zukunftsfähige Kulturpolitik braucht gerade im ländlichen Raum neue Akteurskonstellationen und Synergien. Zunächst wird das in den östlichen Bundesländern deutlich, denen eine Vorreiterfunktion beigemessen wird, weil das Phänomen der Schrumpfung hier eher auftritt. Anschließend, so steht zu befürchten, verstärkt sich das Problem auch im Westen der Republik. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) des Landes Brandenburg führte das IRS vor diesem Hintergrund im Frühjahr 2003 das 17. Regionalgespräch in Erkner durch. Ein Bedarf an solchen kulturpolitischen Gesprächsrunden ist offenkundig: Der sechzig Personen umfassende Teilnehmerkreis setzte sich aus DezernentInnen, AmtsleiterInnen, VertreterInnen freier Träger sowie aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik des Landes Brandenburg zusammen. Es handelte sich in diesem speziellen Kontext um die Annäherung an den Problemzusammenhang von Kultur, Regionalentwicklung und Schrumpfung.

Heike Liebmann, im IRS wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung "Regenerierung schrumpfender Städte" plädierte für eine kreative Stadt- und Regionalpolitik, die mehr Mut zum Risiko und eine "Kultivierung des Experiments" benötige. Sie griff dabei auf Erfahrungen zurück, die in einer Workshopreihe des IRS zusammen mit der Schader-Stiftung gesammelt werden konnten (s. auch S. 10 und 11 in dieser Ausgabe). In diese Richtung argumentierte auch Ulf Matthiesen, am IRS Leiter der Abteilung "Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen". Seiner Auffassung nach nimmt die Stadt- und Regionalkulturforschung in der Schrumpfungsdebatte eine Schlüsselstellung ein. Kulturpolitik sei nicht nur vor dem Hintergrund

von Kultureinrichtungen zu verhandeln, "sondern gerade auch offene Institutionalisierungsprozesse von Kultur, also formelle wie informelle Prozesse der Alltagspraxis" gelte es in den kulturpolitischen Blick zu nehmen. Die Regionalkulturforschung im IRS könne hierbei eine Moderatorenrolle wahrnehmen.

Die nächsten Regionalgespräche des IRS werden den kulturpolitischen Dialog zwischen Land und Kommunen in Brandenburg weiterführen.

Gerhard Mahnken

Vorträge

Am 8. Mai hielt Timothy Moss im Rahmen des 43. Stadtgesprächs an der Europäischen Akademie für städtische Umwelt, Berlin, einen Vortrag zum Thema "Nachhaltige Stadtentwicklung und Umweltschutz aus Sicht der Stadt- und Regionalforschung" "Wer braucht wen? Nachhaltige Stadtentwicklung und Umweltschutz zwischen Forschung und Praxis in der Klemme?".

***

Auf einer Veranstaltung des Landesumweltamts Brandenburg für Mitarbeiter von Umweltbehörden und Wasserverbänden "Wasserwirtschaftliche Fachplanung" berichtete Timothy Moss am 13. Mai in einem Vortrag über die Ergebnisse des EU-Projekts FLOBAR 2 zu institutionellen Aspekten bei der Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten in England, Frankreich und Deutschland.

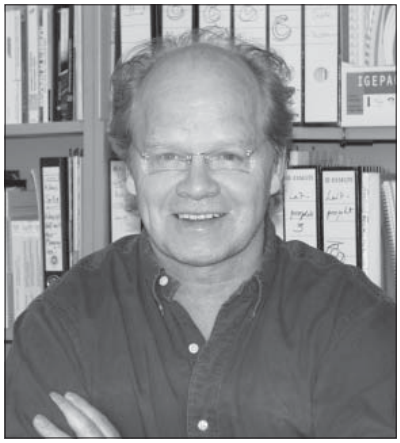
***

Am 23. April 2003 kündigte der Berliner Finanzsenator weitere drastische Finanzkürzungen an den Berliner Universitäten in der Öffentlichkeit an. Am gleichen Tag fand am Institut für Architektur der Technischen Universität Berlin auf Einladung des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung eine Podiumsdiskussion zum Thema: 'Die Stadt des Wissens - wie sieht die aus?' statt. Dabei wurde unter anderem diskutiert, inwieweit der Trend zu suburbanen Wissenschaftsfabriken und Campusideen auch in Berlin durch das Projekt der "Wissenschaftsstadt Adlershof" fortgesetzt wird oder ob zukünftig nicht vielmehr die gewachsenen Wissensnetze und Wissensmilieus im Siedlungsbestand der innerstädtischen Quartiere stärker beachtet werden sollten. Vom IRS war Manfred Kühn mit einem Statement zum Thema "Stadtplanerische Aspekte der Wissens-Ansiedlung" vertreten. Die Diskussion dazu soll in weiteren Veranstaltungen fortgesetzt werden.

Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Ulf Matthiesen am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin:

"Esskultur & Regionale Entwicklung – unter besonderer Berücksichtigung von 'Mark & Metropole' – Skizzen zu einem Forschungsprogramm"

Aufgrund "herausragender Leistungen in Forschung und Lehre" ist der Leiter der Forschungsabteilung 3 "Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen" zum außerplanmäßigen Professor "bestellt" worden. Am 27. Mai 2003 hat er vor zahlreichem Publikum in Berlin am Schiffbauerdamm 17 seine Antrittsvorlesung gehalten. Die wissenschaftliche Menü-Folge wurde eröffnet durch den Leiter des Institutes für Europäische Ethnologie, Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba, der zunächst die zentralen Forschungsleistungen von Herrn Matthiesen würdigte, vor allem die Transformationsstudien von Arbeitermilieus im Ruhrgebiet und die Rekonstruktion der Entwicklungswege des so genannten Speckgürtels um Berlin herum.



Prof. Dr. Ulf Matthiesen.

Für die zunächst überraschende Themenwahl 'Esskultur & Regionale Entwicklung' gab es – abgesehen vom Unterhaltungswert – vor allem zwei Gründe:

1. *Disziplinäre Gründe:* Ethnologie und Volkskunde haben diesen gaumenschmeichelnden Teil der Alltagskultur schon lange immer wieder zum Gegenstand ihrer Forschung gemacht, nach der Wende noch einmal verstärkt durch interessante Ost-West-Vergleiche – gerade auch am Institut für Europäische Ethnologie. Dagegen wurde das Thema Esskultur und Raumentwicklung durch die planungsbezogene und sozialwissenschaftliche Raumforschung, aber auch durch Ökonomie, Geographie und regionalsoziologische Forschung lange Zeit beinahe völlig übersehen. Erst in den letzten drei bis fünf Jahren lässt sich hier ein regelhafter *hype* in Sachen Esskultur & Stadt feststellen – beispielsweise von Sharon Zukin in Kalifornien, über Pariser Forschungsgruppen um Jean-Robert Pitte und regionalisierte wirtschaftsgeographische Studien in Großbritannien und Italien. Im Überschneidungsfeld derjenigen Disziplinen also, in dem sich Herr Matthiesen seit fast zehn Jahren mit seinen Forschungen bewegt, zeigen sich spannende und bisher unhinterfragte Querbezüge. Das wurde beispielsweise an den innovativen Milieus des Dritten Italien und den Wahlverwandtschaften zwischen flexiblen Produktionssystemen, künstlerischen Formen der Nahrungsproduktion und Kriterien-geleiteten Verköstigungsformen nach dem Terroir-Prinzip 'raffinierter Einfachheit' plausibel gemacht.

2. *Persönliche Gründe* – die sich allerdings mit hartnäckigen feldforscherischen Institutionen verbinden: Der neue Professor enttarnte sich einerseits als großer Liebhaber des spröden Charmes der brandenburgischen Kulturlandschaften. Zugleich wies er aber auch darauf hin, dass er nach rüstigen touristischen Tagesetappen zu Fuß, zu Rad oder sonst wie im modal mix zeitgenössischer Verkehrsformen immer wieder abends froh ermattet vergeblich erhofft, den schönen Tag mit ebenso schönen regionalen oder lokalen Formen des Essens und Trinkens abrunden zu können. Die faktisch vorgefundene kulinarische Ödnis ("Brandenburgische Platte") veranlasste ihn dann, systematischer über Fragen nach tradierten Essgewohnheiten, habitusförmigen Geschmacksstilen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, intelligenten Tourismuskonzepten und neuen Chancen für die weiter sich entleerenden ostdeutschen Teilräume zu forschen. Unter dem Titel: "Die Region ist, was sie isst" wurde dann insbesondere die neue Heraufkunft der Regionalküchen intensiver betrachtet. Dabei standen die kulinarischen Parallelwelten nach dem Zerfall der bürgerlichen Küche im Mittelpunkt sowie neue Alltags- und Essformen in den Bereichen Fast Food/Functional Food und Slow Food, die inzwischen wesentlich die regionale Entwicklung des Tourismus mit-

Strauß-Koteletts aus Brandenburg?

prägen. Dann widmete er sich unter dem Slogan "Kost the Ost" genauer den Brandenburger kulinarischen Verhältnissen, also etwa den "synkretistischen" postsozialistischen Esskulturen mit ihren Inseln der verzweifelten Kulinarik in einem Meer von vorvertrauter Soljanka.

Schließlich skizzierte Matthiesen die Umrisse von Forschungsprojekten und intelligenten Tourismuskonzepten, die regional angemessene und zukunftsfähige Formen der Esskultur entwickeln helfen können (Problem der Longue Durée!). Um das Anregungs- und Unterhaltungspotenzial des Hauptmenüs, also seiner Vorlesung zu erhöhen, entschied sich Ulf Matthiesen dabei für eine zweigleisige Präsentationsstruktur: während seines 45-minütigen Vortrages wurden etwa 80 Bilder als eigenständige Informationsspur zu verschiedenen Formen und Details der Esskultur gezeigt – zwischen *informativ, gelehrt, launig* und *frivol* hin und her streunend.

Der Lohn für diese performative Doppelstruktur war starker Applaus. Das Dessert wurde von Prodekan Prof. Dr. Wilfried Nippel gereicht, der im Anschluss an die Antrittsvorlesung Herrn Matthiesen die Urkunde zur Bestellung als außerplanmäßiger Professor überreichte.

Das IRS beglückwünscht Herrn Matthiesen zur Ernennung als apl. Professor und wünscht sich und ihm fruchtbar-geschmackvolle sowie innovative Kooperationen mit dem Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt Universität zu Berlin.

Die schriftliche Fassung der Antrittsvorlesung ist erhältlich über Monika Köppen: KoeppenM@irs-net.de

Treffen der Wissenschaftlichen Sammlungen von Leibniz-Instituten mit räumlich-historischer Ausrichtung

Am 06. Mai 2003 trafen sich im IRS Vertreter Wissenschaftlicher Sammlungen und Archive von Leibniz-Instituten zu einem ersten Gedankenaustausch. Vom Institut für Länderkunde waren der Leiter der Geographischen Zentralbibliothek/Archiv, Heinz-Peter Brogiato, und vom Herder-Institut Marburg der Leiter der Kartensammlung, Wolfgang Kreft, anwesend. Das IRS wurde durch Christoph Bernhardt, dem Leiter der Wissenschaftlichen Sammlungen, Alexander Obeth, und Uta Tackenberg vertreten. Die Mitwirkung weiterer Institutionen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz/WGL ist willkommen.

Beim ersten Arbeitstreffen der Wissenschaftlichen Sammlungen von WGL-Instituten (v.l.n.r.) Dipl. Ing. Wolfgang Kraft (Herder-Institut Marburg), Uta Tackenberg und Alexander Obeth (IRS), Dr. Heinz-Peter Brogiato (IfL) Leipzig, Dr. Christoph Bernhardt (IRS)

Nach Kurzberichten zu Profil und Status der Sammlungen und der Trägerinstitute wurde über Themen wie Verfahren des Informationsaustausches, Austausch über Schnittmengen und gemeinsame Herausforderungen, Möglichkeiten zur besseren Nutzung der Ressourcen oder der Abstimmung von Aktivitäten diskutiert. Interesse fand der fachliche Erfahrungsaustausch zu Fragen der digitalen Dokumentation der Bestände sowie deren Präsentation in der Öffentlichkeit. Zu letzterem wurde von allen Teilnehmern neben regelmäßig erscheinenden Publikationsreihen besonders auf die Wirksamkeit von Ausstellungen hingewiesen. Als Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten wurde in erster Linie auf die DFG verwiesen, welche im Gegensatz zu anderen Stiftungen die formale Erschließung von Beständen und Nachlässen fördert. Trotz unterschiedlicher Sammlungsaufgaben und -profile lassen sich gemeinsame Gesichtspunkte finden, auf deren Grundlage Ausstellungskonzepte entwickelt werden können. Hier bietet sich zum Beispiel der Bezugspunkt "Region" an, insbesondere die Grenzregion des Oder-Neiße-Gebietes. Ein denkbares Projekt wäre auch eine Ausstellung von Luftbildern der neuen Bundesländer, insbesondere Brandenburgs.

Die Teilnehmer formulierten nachfolgende erste Ziele und Arbeitsschritte für einen zukünftigen Verbund:

- Sichten der Homepages hinsichtlich zu setzender Links
- Gegenseitiger Informationsaustausch
- Sichten von Material zur Oder-Neiße-Grenzregion.

Ein weiteres Treffen wurde für den 11. August 2003 in Leipzig vereinbart.

Alexander Obeth

Neu im IRS

Ludger Gailing ist seit dem 1. Mai 2003 in der Forschungsabteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern" als wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt. In seinem im Jahr 2002 an der Universität Dortmund abgeschlossenen Studium der Raumplanung hat er sich schwerpunktmäßig mit Fragen einer dauerhaft umweltgerechten Stadt- und Regionalentwicklung auseinander gesetzt. Vertiefend beschäftigte er sich dabei mit dem Wandel regionaler Steuerungsmöglichkeiten in politikwissenschaftlicher, planungstheoretischer und planungsrechtlicher Hinsicht sowie mit Strategien und Instrumenten für eine verbesserte Umweltplanung - insbesondere für einen effektiveren Freiflächenschutz. Während seiner Studien- bzw. Praxisaufenthalte in Grenoble und Milano setzte er sich darüber hinaus mit den Planungskulturen und -systemen anderer europäischer Länder auseinander. Die Ergebnisse seiner Diplomarbeit zum Thema "Regionalparks – Instrumente der Freiraumpolitik in Verdichtungsräumen" hat Ludger Gailing in einem Beitrag für die Fachzeitschrift RaumPlanung (Nr. 107, April 2003) zusammenfassend dargestellt. Im Sommer 2003 wird das Institut für Raumplanung der Universität Dortmund seine Arbeit zum Thema "Die Unterstützung gemeinschaftlicher Wohnprojekte als Strategie sozialer und ökologischer Stadtentwicklung" veröffentlichen.

Dr. Ing. Thomas Kuder ist seit dem 15. April 2003 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung 4 "Regenerierung schrumpfender Städte" beschäftigt. Er studierte Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin mit den Schwerpunkten Stadterneuerung und Stadtplanung im internationalen Kontext. Nach Abschluss des Studiums arbeitete er für mehrere Jahre in verschiedenen Arbeitsfeldern der kommunalen Stadtplanung beim Bezirksamt Berlin-Tiergarten, bevor er 1994 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die TU Berlin zurückkehrte. Eckpunkte seiner Arbeit dort waren die Bereiche Städtebau, Stadterneuerung, gesellschaftlicher Wandel sowie die Mitarbeit bei der Reform des Studienganges. In seiner im Internet veröffentlichten Dissertation über "Städtebauliche Leitbilder" befasste er sich mit den theoretischen Bausteinen zu einer aktuellen Leitbildtheorie und einer historiographischen Analyse der Leitgedanken der Funktionstrennung und -mischung. Am IRS beschäftigt sich Thomas Kuder mit planungstheoretischen Grundlagen vor dem Hintergrund aktueller Transformations- und Stadtumbauprozesse sowie mit dem Themenbereich städtebaulicher Denkmalschutz.

Kirsten Kunkel ist seit dem 1. Mai 2003 in der Abteilung 1 "Regionalisierung und Wirtschaftsräume" als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Sie studierte Geographie, Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft in Hamburg und Cheltenham, UK. Sie beschäftigte sich in ihrer Diplomarbeit mit Clusterstrategien als Instrument der Regionalentwicklung. Durch Praktika am DIW und ifo sowie die Mitarbeit in einem Hamburger Consultingbüro vertiefte sie ihre Kenntnisse in regionalwirtschaftlicher Forschung und Politikberatung. Am IRS ist Kirsten Kunkel eingebunden in das ESPON Projekt und die Evaluierung der PHARE CBC-Projekte.

Jahresbericht und Arbeitsprogramm des IRS auf der Homepage

Aus Kostengründen haben wir uns entschlossen, unseren Jahresbericht 2001/2002 nicht in den Druck zu geben. Sie finden ihn auf der Homepage des IRS: **www.irs-net.de**. Das gleiche gilt für unser Arbeitsprogramm 2003/2004.

Wer auf keinen Fall auf die "handfeste" Version verzichten kann, bekommt gegen eine Unkostenpauschale von fünf Euro auch weiterhin eine gebundene Kopie zugesandt. Ihre Bestellungen nimmt Petra Koch gerne entgegen, Fax: 03362/793-111; E-Mail: KochP@irs-net.de

IRS unterstützt Netzwerk der Gerhart-Hauptmann-Häuser

Im Auftrag des IRS, das hier als institutionelles Mitglied fungiert, hat Gerhard Mahnken auf Vorschlag von Wolfgang de Bruyn das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden im "Verein zur Förderung der Gerhart-Hauptmann-Häuser" übernommen.

Die Villa Lassen in Erkner: Hier wohnte Gerhart Hauptmann von 1885 bis 1889.

Die Gerhart-Hauptmann-Häuser in Erkner, Agnetendorf (Polen) und Hiddensee dienen der Werkpflege des Dichters und Dramatikers und sollen als Orte des interkulturellen Austauschs künftig stärker miteinander vernetzt werden. Hiervon erwarten sich alle drei Häuser eine intensivere Beschäftigung mit dem Leben und Schaffen Hauptmanns und eine Stärkung kultureller Infrastrukturen. Das Gerhart-Hauptmann-Museum in Erkner besteht seit 1987 und ist seinerzeit zum 125. Geburtstag des Nobelpreisträgers gegründet worden. Es befindet sich in der Villa Lassen, in der Hauptmann von 1885 bis 1889 wohnte. In Erkner entstanden Hauptmanns "Fasching", "Bahnwärter Thiel" und "Vor Sonnenaufgang".

Berufungen

Der Direktor des IRS, **Prof. Dr. Karl-Dieter Keim**, wurde im Mai vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in den Beirat für Raumordnung der 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages berufen.

***

Dr. Manfred Kühn wurde vom Präsidenten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover am 29. April 2003 zum Korrespondierenden Mitglied der ARL berufen.

***

Prof. Dr. Ulf Matthiesen ist mit Wirkung vom 14. Mai 2003 durch Frau Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka zum Mitglied des Fachbeirats Kulturland Brandenburg 2004 berufen worden.

***

Dr. Michael Arndt wurde in den Vorstand des Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Berlin (AIV) aufgenommen.

***

Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der WGL/Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Nachwuchs für die Raumwissenschaften

Das jährliche Kolloquium von NachwuchswissenschaftlerInnen aus den raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft fand in diesem Jahr am 4. und 5. Juni 2003 im IRS in Erkner statt. Etwa 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem IRS, dem IÖR Dresden, dem IfL Leipzig sowie aus dem "Jungen Forum" der ARL tauschten sich über Themen und Methoden ihrer laufenden Dissertationsvorhaben aus. Sechs unterschiedlich fortgeschrittene Vorhaben wurden von den jeweiligen AutorInnen vorgestellt und im Plenum diskutiert. Ein wichtiges Ziel der Veranstaltung war darüber hinaus der Austausch über die unterschiedliche Praxis der Nachwuchsförderung in den beteiligten Einrichtungen sowie die Findung einer gemeinsamen Strategie zur künftigen Darstellung der Nachwuchs-Aktivitäten innerhalb des 4-R-Netzwerks. Abgerun-

Die Teilnehmer des Kolloquiums der Nachwuchswissenschaftler. Prof. Dr. Ulf Matthiesen (li.) Nachwuchsbeauftragter des IRS.

det wurde das Treffen am zweiten Tag mit einer gemeinsamen Weiterbildung zum Thema "Interviewtechniken".

Kontakt im IRS: Christoph Haller (Tel. 03362/793239, E-Mail: haller@irs-net.de,) und Christiane Droste (Tel. 03362/793235; E-Mail: droste@irs-net.de;)

IÖR

Konferenz "Grenzüberschreitende Städtenetze – Brücken zur EU-Erweiterung"

Am 1. Mai 2004 werden voraussichtlich zehn mittel- und osteuropäische Staaten der Europäischen Union beitreten. Dazu gehören auch Polen und die Tschechische Republik als unmittelbare Nachbarländer Deutschlands. Bevölkerung und Medien in den grenznahen Städten und Regionen schenken den mit der Erweiterung verbundenen Risiken meist größere Beachtung als den Chancen. Als Nachteile werden in Deutschland mögliche Belastungen des Arbeitsmarktes und wachsende Kriminalität genannt. Andererseits entstehen vielfältige Chancen, wie die Erweiterung der Absatzmärkte kleiner und mittelständischer Unternehmen, die Gewinnung dringend benötigter Arbeitskräfte in bestimmten Branchen, die Belebung des kulturellen Austausches und eine effektivere Zusammenarbeit beim Umwelt- und Katastrophenschutz. Ein Weg Risiken abzubauen und die neuen Möglichkeiten zu nutzen, besteht in der Intensivierung grenzüberschreitender Kooperationen. Dabei kann aus den vorhandenen Erfahrungen mit unterschiedlichen Typen grenzüberschreitender Städtenetze – auf europäischer wie auf regionaler Ebene – Nutzen gezogen werden.

Vor diesem Hintergrund fand am 9. Mai 2003 in Dresden die Konferenz „Grenzüberschreitende Städtenetze - Brücken zur EU-Erweiterung?" statt. Über 70 Unternehmer, Wissenschaftler, Vertreter von öffentlichen Verwaltungen, Vereinen und Einrichtungen nahmen daran teil. Die Veranstaltung im Rahmen der Europawoche wurde vom IÖR und dem neuen Europabüro der Stadt Dresden organisiert. (www.ioer.de>IÖR aktuell>Veranstaltungsrückblick).

ARL

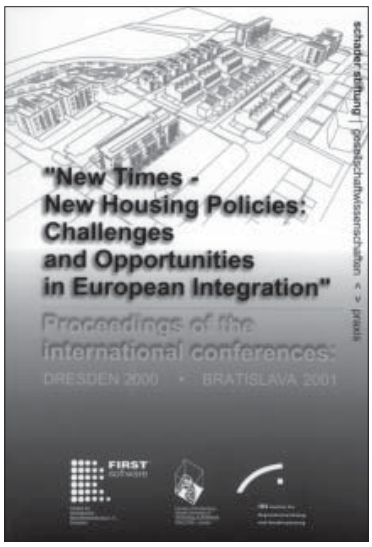
Parlamentarisches Arbeitsgespräch der ARL in Berlin

Wie bereits in den Vorjahren fand auch in diesem Jahr im Mai das schon traditionelle Arbeitsgespräch der ARL mit Mitgliedern des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestages in Berlin statt. Es dient dem fachlichen Austausch über aktuelle raumordnungspolitisch bedeutsame Fragen.

Die behandelten Themen "DB-Schienennetz", vorgestellt von Professor Heinze, TU Berlin, und "Gemeindesteuerreform", erläutert durch Frau Professorin Färber von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer, haben diesmal zu einer hohen Resonanz der Parlamentarier geführt und trotz der knappen Zeit schloss sich eine angeregte Diskussion an die Kurzvorträge an. Es resultierte daraus einerseits die Feststellung, dass die Finanzprobleme der Gemeinden nur unzureichend wahrgenommen würden und nun erstmals seit 1969 wieder eine ernsthafte Debatte über deren Finanzautonomie geführt würde. Diese müsse durch Parlamentarier auf allen politischen Ebenen fortgeführt werden. Die Diskussion zum DB-Schienennetz ergab, dass die bisher gewonnenen Erkenntnisse von großer Bedeutung seien. Weil sich diese allerdings vornehmlich auf das überregionale Netz beziehen, regten die Parlamentarier an, auch in Bezug auf die Länder- und Regionenebene Überlegungen zu einer möglichen Netzstruktur anzustellen. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass aufgrund demographischer Entwicklungen die Nachfrage in einigen Gebieten zukünftig weit geringer ausfallen werde als bisher.

Kontakt: Evelyn Gustedt, Tel. 0511/ 34842-29; E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Neuerscheinung



Petríková, Dagmar ; Reichart, Thomas: **New Times – New Housing Policies: Challenges and Opportunities in European Integration. Proceedings of the international conferences:** Dresden 2000 · Bratislava 2001. Bratislava, 2002. – 279 Seiten

Darin aus dem IRS: Werner Rietdorf: Neue Probleme und Herausforderungen in der Wohnungsbewirtschaftung – Das Beispiel Leipzig. S. 45-51

Die zweite Konferenz wurde u.a. durch das IRS gesponsert.

Veranstaltungshinweise

Symposium "Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau"
10. September 2003/IRS Erkner/Konferenzraum/ 10.30-17.00 Uhr

Kreativ aus der Krise? – Konzepte und Perspektiven städtischer Kreativität
- Städtische Kreativität: Prozessinnovationen für ein neues Place-making
  Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, IRS, Erkner
- The Cycle of Creativity/Der Kreativitätskreislauf
  Phil Wood, Comedia Consult, Huddersfield (GB)
- Perspektive Leipzig
  Dr. Oliver Weigel, Abteilungsleiter Stadtentwicklung der Stadt Leipzig
- Schrumpfung – das Unmögliche denken
  Prof. Dr. Herbert Grymer, Universität Wuppertal

Kreativität in der Stadtverwaltung - Praxiserfahrungen aus schrumpfenden Städten
Podiumsdiskussion mit Vertretern aus den Städten Leipzig, Neuruppin, Schwerin und Zwickau

Städtische Kreativität - Potenzial für den Stadtumbau
- Lokale Wissensmilieus als Potenziale der Stadtentwicklung
  Prof. Dr. Ulf Matthiesen, IRS Erkner
- Die unternehmerische Stadt – die Bedeutung lokaler Governance. Erfahrungen aus Liverpool und Manchester
  Stuart Wilks-Heeg, Universität Liverpool
- Chancen der (Sozio-)Kultur im Schrumpfungsprozess
  Prof. Dr. Olaf Schwencke, FU Berlin (angefragt)

Ansprechpartner:
Heike Liebmann/IRS, Tel. 03362/793-242, E-Mail: liebmann@irs-net.de;
Tobias Robischon/Schader-Stiftung, Tel. 06151/1759-0, E-Mail: Robischon@schader-stiftung.de

Anmeldung über:
Kerstin Wegel/IRS, Fax: 03362/793-111; E-Mail: WegelK@irs-net.de

11. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz

Der 11. Kongress, der jährlich vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen veranstaltet wird, findet am 1. und 2. September 2003 wieder im Kaiserhof in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) statt. Thema: Perspektiven des Stadtumbaus für die historischen Städte.
Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Manfred Stolpe, wird in seinem Referat über neue Perspektiven der Stadtentwicklung in Deutschland sprechen. Geplant sind weiterhin Vorträge zu neuen Herausforderungen an Denkmalschutz und Denkmalpflege von Jürgen Haspel und zu Perspektiven für die historischen Innenstädte aus den Erkenntnissen der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz im Stadtumbauprozess von Gottfried Kiesow.

Arbeitsgruppen zu folgenden Themen stehen auf dem Programm:
Arbeitsgruppe 1: Stadtumbau mit Stärkung der Innenstadtentwicklung
Arbeitsgruppe 2: Wohnen in der historischen Stadt
Arbeitsgruppe 3: Angemessene Planungskultur im Stadtumbauprozess unter Mitwirkung der beteiligten Akteure
Arbeitsgruppe 4: Aktuelle Rechts- und Förderungsfragen
Der Kongress richtet sich in erster Linie an die etwa 150 im Programmbereich Städtebaulicher Denkmalschutz geförderten Städte in den neuen Bundesländern sowie an Institutionen und Sachverständige, die sich mit dem Städtebaulichen Denkmalschutz befassen. Weitere Interessenten sind herzlich eingeladen (Unkostenbeitrag ca. 20,00 Euro).

Anmeldung über:
Hella Hagge/IRS Tel.: 03362/793-247, E-Mail: HaggeH@irs-net.de

Veröffentlichungen

- Bernhardt, Christoph: PCCP processes in History: The model of the Upper Rhine region. UNESCO-IHP technical document, PCCP series, 19 S., Paris 2003 (CD-ROM).

- Gailing, Ludger: Regionalparks als freiraumpolitische Innovation. Erfahrungen mit einer offensiven Freiraumentwicklung in Stadtregionen. In: RaumPlanung 107, 4/03, Dortmund, 2003, S. 67-72

- Gailing, Ludger ; Fedrowitz, Micha: Zusammen Wohnen! – Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Strategie sozialer und ökologischer Stadtentwicklung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 112, Dortmund, 2003, -139 Seiten

- Haller, Christoph ; Jahnke, Kerstin: Eisenhüttenstadt – Die erste sozialistische Stadt Deutschlands und ihre Zukunft. In: Planerin, 1/2003, S. 21-22

- Haller, Christoph ; Thurn, Thomas: Kooperation für den Stadtumbau – Zusammenarbeit der Wohnungsunternehmen und der Stadt. In: Planerin, 1/2003, SRL-intern, S. 2-4 (www.srl.de/srl/ak/stadtumbau/werkstattgespraech_06.html)

- Thurn, Thomas ; Haller, Christoph: Stadtumbau kooperativ – Wohnungswirtschaft und Kommunen ziehen an einem Strang. In: Die Wohnungswirtschaft, 3/2003, S. 38-40

- Brenner, János ; Haller, Christoph: Baukultur im Stadtumbauprozess – Spezifisches "Stadt-Bild" im Dialog mit Bürgern weiterentwickeln. In: Die Wohnungswirtschaft, 3/2003, S. 36-37

- Haller, Christoph ; Rietdorf, Werner: Baukultur im Stadtumbauprozess. Erkner, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, 2003 (www.irs-net.de/download/bau-kultur.pdf)

- Jahnke, Kerstin ; Haller, Christoph ; Ullrich, Peter: Immer weniger, immer älter – Der demografische Wandel in Eisenhüttenstadt und die Folgen. In: Infobrief Stadt 2030, 10/2003, S. 10-15 (www.newsletter.stadt2030.de/info10.pdf)

- Kujath, Hans Joachim: Regionen im globalen Kontext: Strategien für unterschiedliche Regionstypen. In: Regionalentwicklung in einer offenen Gesellschaft. Protokollband zur Bundesfachtagung für Volkswirte an Fach- und Gesamthochschulen. Ökonomische und ökologische Schriften des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule Eberswalde. Eberswalde: Der Dekan des Fachbereichs Wirtschaft, 2003, S. 7-21

- Kühn, Manfred: Greenbelt and Green Heart: separating and integrating landscapes in European city regions. In: Landscape and Urban Planning, vol 64/1-2, Amsterdam, pp19-27

- Kühn, Manfred: Regionale Entwicklungskonzepte: Steuerungsprobleme und -wirkungen. In: euregia infoletter, Ausgabe 4/2003, Aulendorf, S. 3-9

- Lang, Thilo; Tenz, Eric: Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung, Dortmund 2003. – 245 Seiten

- Matthiesen, Ulf: Suburbia und Suburbanisierung im Berliner Metropolenraum – Anmerkungen zu Vorstrukturen und Phasenentwicklungen eines eigensinnigen Suburbanisierungspfades. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Heft Suburbanisierung, difu, 2003, S. 22-28

- Matthiesen, Ulf: Baukultur in Suburbania – Perspektiven und Verfahrensvorschläge. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Baukultur – Planungskultur. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 2002, S. 627-636

- Moss, Timothy: Utilities, land-use change, and urban development: brownfield sites as 'cold spots' of infrastructure networks in Berlin. In: Environment and Planning A, Band 35, 2003, S. 511-529

- Trostorff, Britta: Eine Frage des Stils? Alltagsmobilität im Kontext von Raumstruktur und Lebensstil. Eine Fallstudie in der Brandenburger Vorstadt in Potsdam. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, 2002, (REGIO transfer 2/Beiträge zur anwendungsbezogenen Stadt- und Regionalforschung). – 142 Seiten

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

" ... Werden die Chancen der Osterweiterung verschlafen? ... 'Riesige Chancen' ergeben sich für Hans-Olaf Henkel, den Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft, aus der im kommenden Jahr in Kraft tretenden Erweiterung der Europäischen Union (EU) um die ost- und südost-europäischen Länder. Auf einem Berliner Experten-Symposium der Leibniz-Gemeinschaft, der 80 außeruniversitäre Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Forschung mit einem Jahresetat von 950 Millionen Euro und 12 500 Mitarbeitern angehören, werden die in der Bevölkerung vorhandenen Ängste als unberechtigt eingestuft. Das gelte auch im Blick auf die befürchtete Welle von zusätzlichen Arbeitskräften ... Aus IRS-Sicht sind die Metropolregionen die Motoren der räumlichen Integrationsprozesse. Sie prägen als wirtschaftliche Gravitationszentren im Netzwerk sich intensivierender grenzüberschreitender Ströme des Güteraustauschs, des Kapitaltransfers und des Personenverkehrs die europäischen Räume und deren wirtschaftliche Entwicklung, so Kujath. Von Berlin und Brandenburg würden ähnliche Integrationsfunktionen erwartet. Doch vorerst hielten den Verkehr mit Westpolen Regionalzüge mit 80 Stundenkilometer Geschwindigkeit aufrecht, obwohl Züge mit 160 Stundenkilometer und mehr erforderlich seien ..."
(Das Parlament, März 2003)

" ... Knoten in der Region ... Das Ergebnis von Kujaths Analyse müsste hierzulande die Alarmglocken schrillen lassen: 'Frankfurt/Main und nicht Berlin ist inzwischen zur wirtschaftlichen Drehscheibe für Osteuropa geworden'. Zwar gebe es ein deutsch-polnisches Leitbild der Zusammenarbeit, was aber auf den Grenzraum Brandenburgs/Sachsens und Westpolens begrenzt ist. 'Dies endet vor den Toren Berlins', so Kujath. 'Berlin und das übrige Brandenburg beschäftigen sich derweil mit sich selbst und mit den befürchteten Folgen des Wegfalls von Grenzbarrieren'. Man habe eher Angst als dass man Chancen be- und ergreift. Die Region Frankfurt/Main und die hessische Landesregierung waren früher aufgestanden: Hier wurde laut Kujath bereits in den 90er Jahren systematisch ein dichtes Netzwerk von Partnerschaften mit Wirtschaftskammern, Wirtschaftsförderungsstellen, Messegesellschaften, Flughäfen und Wojewodschafts-Ämtern in allen großen Städten Polens – in Poznań seit 1996 ein hessisches Kooperationszentrum – geschaffen ..."
(Der Tagesspiegel, 26.03.2003)

" ... Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Hans-Olaf Henkel, hat Pläne von Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) als "absurd" zurückgewiesen, die Finanzierung der angeschlossenen Forschungsinstitute neu zu ordnen. Das Vorhaben, die Finanzierung der 80 Leibniz-Institute in Deutschland den Ländern aufzubürden sei "widersprüchlich, kontraproduktiv und chancenlos", sagte Henkel gestern im Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner ... Das IRS gehört zu den 20 Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin und Brandenburg. Bulmahn will im Gegenzug zur Vollfinanzierung der Leibniz-Institute durch die Länder (heute trägt der Bund die Hälfte der Kosten) die Forschungseinrichtungen der Max-Planck-, Fraunhofer- und Helmholz-Gesellschaft voll übernehmen ... Auch IRS-Direktor Karl-Dieter Keim spricht sich für eine Beibehaltung des Finanzierungssplits aus. Das Institut arbeite "international, ohne die Bodenhaftung in der Region zu verlieren" und entspreche so der Doppelstruktur. Auch die Potsdamer Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) hat sich mehrfach gegen Änderungen bei der Finanzierung ausgesprochen ..."
(Märkische Allgemeine, 21.05.03)

" ... Wissen ist die wichtigste Ressource. Bedeutung von Bildung und Forschung für die Zukunft der Region wird verkannt ... Wissen ist Macht! Diese Formel gilt für die Wissenschaftler des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner heute mehr denn je – besonders für Ostdeutschland ... 'Der Lern- und Bildungspfad in Ostdeutschland muss entschlossen beibehalten werden', forderte der Leiter der IRS-Forschungsabteilung "Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen" Ulf Matthiesen jetzt. Den Kurs gelte es zu sichern, obwohl die Gefahr besteht, dass eine große Zahl hoch gebildeter Wissensträger abwandern könnte, da global gesehen vielerorts lukrativere Arbeitsmärkte locken, so Matthiesen ... Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg besitze zweifellos Potenziale in der so genannten Wissensökonomie – also Dienstleistungen, öffentliche und private Forschungsressourcen und Anbieter von Produkten der Wissenssparten – und könne ihre Wirtschaftsstruktur so zumindest zum Teil verbessern, sagt der Leiter der IRS-Abteilung "Regionalisierung und Wirtschaftsräume" Hans Joachim Kujath ..."
(Märkische Allgemeine, 22.05.2003)

Das Institutsgebäude des IRS an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Minuten zu erreichen.

Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

IMPRESSUM

IRS aktuell No. 40 Juli 2003
ISSN 0944-7377

Herausgeber: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken M.A. (verantw.) und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS: S. 3, 16, 17 oben, 18, 19 oben, 20, 22 unten; J. Hohmuth: S. 6, 19 unten; IÖR: S. 23; K. Overmeyer: S. 19 unten

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: MahnkenG@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich (Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druck: Druckerei Schulz